

Landesinfo Baden-Württemberg



Die LINKE unterstützte die Demonstration der Friedensbewegung gegen den Krieg in Afghanistan am 15. September in Berlin

Im Bundestag

**Bundeswehr
raus aus
Afghanistan!** Seite 3

Heike Hänsel
**Entwicklungs-
politik als Frie-
denspolitik** Seite 6

Bisky, Lafontaine
**Mindestlohn
bleibt Schwer-
punktthema** Seite 7

Karin Binder
**Keine Privati-
sierung der
Bahn!** Seite 8

Ulrich Maurer
**Finanzkrise und
Casino-
Kapitalismus** Seite 10

Landesparteitag 20./21.10.
**Antrags-
materialien**
gesondertes Heft, A1 bis A20

Inhalt

■■■ Calw: Aktion der Linksjugend	4
■■■ Waldkircher Erklärung gegen Rüstungsexporte	5
■■■ Heike Hänsel: Entwicklungspolitik als Friedenspolitik	6
■■■ Bisky und Lafontaine: Gesetzlicher Mindestlohn bleibt Schwerpunkt	7
■■■ Karin Binder: Bahn-Privatisierung ist Verschleuderung öffentlichen Eigentums	8
■■■ Ulrich Maurer: Casino-Kapitalismus – Lehren aus der Finanzkrise	10
■■■ Berlinfahrt als Integration konkret	11
■■■ Sozialistischer Frauenkongress: Was für ein Jahrhundert!	12
■■■ Ravensburg: Kommunalpolitische Bildungsreihe	14
■■■ Tübingen: Was Du nicht willst, dass man Dir tu' ...	15
■■■ Freiburg: Mehr direkte Demokratie	16
■■■ Reutlingen: Veranstaltung mit Sahra Wagenknecht	17
■■■ Weinheim: Sommerfest der LINKE	18

Das nächste Landesinfo erscheint im November 2007.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 5/2007 ist der 6. November

Wir freuen uns über jeden eingesandten Artikel, bitten aber darum, diese nicht länger werden zu lassen als ca. 5000 Zeichen. Fotos und Karikaturen sind sehr willkommen. Einsendungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der LINKEN.

Beilagenhinweis: „Klar“, Zeitung der Linksfraktion im Bundestag.

DIE LINKE. lädt ein zum Landesparteitag

Samstag, 20. und Sonntag, 21. Oktober 2007 in Stuttgart, DGB-Haus, Willi-Bleicher-Strasse 20

Beginn: Samstag, 20. Oktober 10.30 Uhr. Einlass und Mandatsprüfung ab 9.30 Uhr.

Am 20. und 21. Oktober konstituiert sich in Stuttgart der Landesverband Baden-Württemberg der neuen Partei. Für diesen Gründungsparteitag auf Landesebene sind derzeit auf Gründungsversammlungen in 36 Kreisverbänden 200 Delegierte zu wählen. Bis zu zehn Delegierte sollen aus dem Jugendverband hinzukommen. Wir bitten alle Kreisverbände, ihre Delegierten verbindlich im Landesbüro anzumelden und Nachrücker/innen zu nominieren, falls jemand das Mandat kurzfristig nicht wahrnehmen kann.

Der Interims-Landesvorstand hat diesen Landesparteitag auf seiner Sitzung am 1. Juli einberufen. Die erste Einladung erfolgte im Landesinfo 3/2007. Die Antragsdokumente im Beiheft dieser Ausgabe des Landesinfos sind den gewählten Delegierten bereits zugegangen.

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Begrüßung / Konstituierung
2. Beschlussfassung über die Gründung des Landesverbandes Baden-Württemberg der Partei DIE LINKE
3. Gastbeitrag Sybille Stamm
4. Tätigkeitsbericht Interimsvorstand
5. Aussprache
6. Entlastung Interimsvorstand
7. Politischer Leitantrag – Debatte Beschlussfassung
8. Wahl des Landesvorstandes
9. Wahl der Schiedskommission
10. Wahl der Revisionskommission
11. Gastbeitrag Parteivorstand
12. Landessatzung – Debatte/Beschlussfassung
13. Finanzordnung – Debatte/Beschlussfassung
14. Anträge
15. Beendigung des Landesparteitages

Termin: Samstag, 20. Oktober ab 10.30 Uhr und Fortsetzung am Sonntag 21. Oktober im DGB-Haus, Stuttgart.

Am Samstagabend ist ein Fest mit musikalischer Einlage vorgesehen.

Für Delegierte werden auf Wunsch Übernachtungsplätze organisiert. Mitglieder aus der Region Stuttgart bitten wir darum, von Samstag auf Sonntag freie Übernachtungsplätze anzubieten.

Anträge bitte bis spätestens 1. Oktober im Landesbüro einreichen.

Bezug

Das Landesinfo ist das Informationsorgan der DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Impressum

Herausgeber und Verlag:

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@linke-bw.de

Redaktion

Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck

GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

An alle Mitglieder – an alle Beitragszahlende ACHTUNG - ACHTUNG - ACHTUNG

Liebe Genossinnen und Genossen,
in Umsetzung der neuen Bundesfinanzordnung auf Landesebene werden die Mitgliedsbeiträge zukünftig komplett auf Landesebene gezahlt und eingezogen und verbleiben im Landesverband.

An die ehemaligen WASG-Mitglieder des Landesverbandes DIE LINKE, die Ihre Beiträge noch an das Konto und die Abrechnungsstelle in Fürth zahlen:

1. Bitte alle Beitragsüberweisungen und Daueraufträge ab sofort und – falls noch nicht gezahlt – auch für die Monate Juli, August – auf das Konto des Landesverbandes Baden-Württemberg einzahlen: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70, Konto 289582700.
2. Bitte Beitragszahlungen möglichst per Lastschriftinzug durchführen. Dazu gebt Ihr dem Landesvorstand mit untenstehendem Formular die Vollmacht, Euren Beitrag in der von Euch bestimmten Höhe regelmäßig bis auf Widerruf oder Änderung durch Euch von Eurem Konto abzubuchen.

Betrifft ehemalige WASG-Mitglieder, deren Beitrag bisher von der Abrechnungsstelle Fürth per Lastschrift eingezogen wurde:

Wegen der Übergabe der Lastschriftinzüge an die Landesverbände findet seit September kein Lastschriftinzug mehr von Fürth aus statt. Dadurch kann es also zu zwei Lastschriftinzügen im Oktober durch den Landesverband kommen.

Achtung: wer nicht möchte, dass im Oktober zwei Lastschriftinzüge (für September und Oktober) erfolgen, bitte kurzfristig per Mail, Fax, Telefon bei der Landesgeschäftsstelle melden. Der Einzug erfolgt per 1. Oktober.

Bei dieser Gelegenheit bitte ich alle Mitglieder, die **Höhe ihrer Beiträge** zu prüfen und – wenn möglich – nach oben anzupassen. Der Beitrag wird nach Ablauf des Kalenderjahres bescheinigt und kann steuerlich geltend gemacht werden.

*Geschäftsführender Interims-Landesvorstand
i.A. C. Cornides (Landesschatzmeister)*

! Einzugsermächtigung

Mit dieser Einzugsermächtigung ist der Landesverband der Partei DIE LINKE Baden-Württemberg bis auf Widerruf berechtigt, meinen ab _____ fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE in Höhe von _____ Euro und meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat Mai in Höhe von _____ Euro von unten stehendem Konto abzubuchen.

Name, Vorname des Mitglieds _____ Geburtsdatum _____

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) _____

Landesverband _____ Gebietsverband _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name und Ort des Geldinstituts _____

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied) _____

Ort und Datum _____ Unterschrift des Mitglieds _____



Bundeswehr raus aus Afghanistan! Von Christine Buchholz*

Im Herbst 2007 steht die Abstimmung über den Verbleib der Bundeswehr in Afghanistan auf der Tagesordnung. Die Bundeswehr beteiligt sich mit dem Einsatz „Operation Enduring Freedom“ (OEF), der internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (ISAF) und Tornados an dem Krieg in Afghanistan. DIE LINKE fordert ein sofortiges Ende der drei Bundeswehreinmärsche, denn ihre Bilanz ist verheerend.

1,3 Millionen Menschen sind seit 2001 auf der Flucht. In keinem Land sterben so viele Kinder wie in Afghanistan. Ausländische Soldaten brachten 2006 200 Zivilisten um. 2007 wurde diese Zahl bereits in der ersten Jahreshälfte erreicht.

Die Bundesregierung begründet den Einsatz damit, dass der Aufbau von Strukturen in Afghanistan und Deutschlands Sicherheit durch die Bundeswehr geschützt werden müssten.

Aber die Hilfe stand nie im Vordergrund: Seit 2002 wurden insgesamt 58 Milliarden Euro für Militärmaßnahmen ausgegeben und 5,2 Milliarden Euro für zivilen Aufbau. Ein Großteil der Hilfsgelder, die nach Afghanistan gehen, fließt in die Taschen von westlichen Konzernen.

Die ISAF-Truppe leistet keinen humanitären Wiederaufbau, sondern schützt das Karsai-Regime. Hamid Karsai ist nur durch westliche Intervention an die Macht gekommen.

Unter Karsai herrschen wieder die Kriegsherren, welche die Afghanen nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer terrorisierten. Karsai – über Jahre enger Verbündeter der USA und des Westens – tut alles, um deren Interessen zu schützen.

Die Verflechtung von ziviler Hilfe und Militäreinsatz wird gerade von denen abgelehnt, die seit Jahrzehnten Erfahrungen mit ziviler Hilfe in Afghanistan haben. So haben Caritas und Deutsches Rotes Kreuz die Regierung ermahnt, die militärischen und zivilen Aufgaben strikt zu trennen, um die Helfer und die Bevölkerung nicht weiter zu gefährden.

Die Lage der Mehrheit der Frauen in Afghanistan hat sich seit dem Sturz der Taliban nicht verbessert. Die Frauenorganisation Womankind Worldwide prangert an, dass einige Formen der Gewalt gegen Frauen, wie Ehrenmorde, zugenommen haben, während die Sicherheit für Frauen in mehreren Provinzen schlechter ist als 2001.

Wenn die Regierung sagt, dass Deutschlands Freiheit und Sicherheit am Hindukusch verteidigt werden, meint sie die Sicherung des Zugangs zu den Öl- und Gasvorkommen am Persischen Golf und in der kaspischen Region. Diesen will sie an der Seite der USA sichern, um Unabhängigkeit von Russland oder den neuen Konkurrenten Indien und China zu erreichen.

Der sofortige Abzug der ausländischen Truppen ist eine Voraussetzung für effektive Hilfsmaßnahmen und die Entwicklung einer wirklich demokratischen Gesellschaft.

* *Christine Buchholz ist Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der Partei DIE LINKE*

Auch ISAF-Einsatz ist Kriegseinsatz

Zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan erklärte der Europaabgeordnete der Linksfraction (GUE/NGL), Tobias Pflüger, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Koordinator der GUE/NGL im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung:

Die Bundeswehr ist mit drei Mandaten im Kriegseinsatz in Afghanistan. Die Operation Enduring Freedom (OEF), der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen des so genannten „Krieg gegen den Terror“ muss sofort beendet werden. Der Einsatz der Tornados ist ein Kriegsunterstützungseinsatz. Die Tornados müssen sofort abgezogen werden.

Doch auch der ISAF-Einsatz ist (inzwischen) ein Kriegseinsatz. Alle Fachleute wissen: Die Bundeswehr entwickelte sich im ISAF-Einsatz von einer Schutztruppe zur Kampftruppe. Inzwischen führt die ISAF insbesondere im Süden Afghanistans einen brutalen Angriffskrieg. Immer mehr Zivilisten werden bei ISAF-Aktionen der NATO getötet. Die Bundeswehr im Rahmen von ISAF leistet immer häufiger Unterstützungseinsätze für den Krieg der NATO. ISAF hat also zumindest inzwischen ihren Namen zu Unrecht. Heutzutage wird das KSK im Rahmen von ISAF eingesetzt. Alle drei Mandate der Bundeswehr müssen abgelehnt und beendet werden. (...)

Weitere Informationen: www.imi-online.de

Petra Pau: Hände weg von Artikel 1 Grundgesetz

Unions-Politiker wollen das Grundgesetz ändern, damit Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) notfalls entführte Passagierflugzeuge abschießen lassen kann. Dazu erklärt Petra Pau, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Innenausschuss:

Wer dem Grundgesetz eine Lizenz zum Töten verpassen will, muss Artikel 1 streichen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Wer das ernsthaft will, entpuppt sich als Verfassungsfeind.

Überhaupt scheint die Verfassungskultur auf den Hund gekommen zu sein. Migranten müssen Eide aufs Grundgesetz schwören, weil sie Deutsche sein wollen. Deutsche indes dürfen zum Verfassungsbruch aufrufen, weil sie Minister sind.

Gysi: Merkel soll Jung abberufen

Nach den Grünen verlangte am Dienstag auch die LINKE den Rücktritt von Verteidigungsminister Jung. Linksfraktionschef Gregor Gysi hält Jung nicht mehr für tragbar. „Ich meine, dass die



Aktion der Linksjugend [‘solid] in Calw: Clownarmee gegen Bundeswehreinätze in Afghanistan

Anlässlich der Großdemonstration gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, die am Samstag, 15. September 2007 in Berlin stattfand, protestierten AktivistInnen der Linksjugend [‘solid] fast zeitgleich im malerischen Schwarzwaldstädtchen Calw. Warum ausgerechnet Calw? Dort ist das „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) stationiert, das deutsche Interessen am Hindukusch an vorderster Front verteidigt. Da es sich bei der [‘solid]-Einheit aber um eine humorvollere Truppe handelt, wurden die „Freiwilligen“ mit bunten Haarperücken, Luftschlangen und Schminke dekoriert. Aufgrund des niedrig angesetzten Verteidigungshaushaltes reichte es nur für eine, dafür um so eindrucklicher erscheinende Wasserwaffe. Zum anstehenden Gelöbnis konnte die Einheit mit einem beeindruckenden Repertoire schwungvoller Meisterwerke der Militärmusik aufwarten. Das Gelöbnis wurde den neuen Herausforderungen des Zeitalters der „Neuen Kriege“ angepasst. Es hieß darin u.a.:

Ich gelobe, ich werde in aller Welt für deutsche Interessen morden.

Ich gelobe, ich werde dies ohne gewerkschaftlichen Tariflohn tun.

Ich gelobe, ich werde ohne Recht auf Widerspruch meine Befehle blind befolgen.

Ich gelobe, ich werde treu den Interesse der Banken und Konzerne dienen.

Die am Samstagvormittag ihren Besorgungen nachgehende schwäbische Dorfbevölkerung zeigte sich ob der massiven Präsenz einer bewaffneten Einheit im Zentrum ihrer Metropole äußerst beeindruckt. Die Truppe wurde sowohl von spontanen Beifallsbekundungen wie auch von harscher Kritik („Bei uns damals hat ’s Marschieren aber besser ausgesehen!“) begleitet. Nach dem erfolgreichen Einmarsch plant [‘solid] nun eine permanente Besetzung aufzubauen.

Bundeskanzlerin ihn unverzüglich abberufen muss.“ Jung hatte erklärt, er würde trotz fehlender ausdrücklicher Rechtsgrundlage ein von Terroristen gekaperes Passagierflugzeug abschießen lassen, falls es für einen Terroranschlag genutzt werden sollte. In dem Falle müsste Jung nach Worten Gysis mit einem Strafverfahren wegen „vielfacher Anstiftung zum Totschlag“ rechnen. Auch der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle forderte ein Machtwort von Kanzlerin Angela Merkel. Merkel müsse klarstellen, dass die Regierung im Ernstfall die Verfassung beachten wird. Diese verbiete es, das Leben von Unschuldigen gegeneinander

abzuwiegen. SPD-Fraktionschef Peter Struck warf Jung geplanten „Verfassungsbruch“ vor.

In der Bundeswehr wird heftig darüber debattiert, ob die Piloten einen Abschussbefehl ausführen sollten. Der Bundeswehrverband riet den Soldaten, einen solchen Befehl zu verweigern, weil es sich um „Totschlag“ handelte. Dagegen sagte der Inspekteur der Luftwaffe, Klaus-Peter Stieglitz: „Da gibt es gar keine Diskussion. Offiziere haben ihre Befehle zu erfüllen.“

aus *Neues Deutschland*, 19.9.07



Waldkircher Erklärung zum Rüstungsexport

Skandal ohne Grenzen – den Waffenlieferungen muss Einhalt geboten werden!

Trotz aller gesetzgeberischen und politischen Vorkehrungen stiegen die deutschen Waffenexporte in den vergangenen Jahren stetig – zuletzt sogar rasant – an. Wie das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI errechnete, steigerte Deutschland den Export konventioneller Waffen von 1,5 Milliarden Dollar im Jahre 2005 auf – sage und schreibe – 3,8 Milliarden im Jahre 2006. Damit avancierte Deutschland zum drittgrößten Waffenexporteur der Welt. Gleich hinter den USA und Russland. So geschehen 17 Jahre nach der deutsch-deutschen Vereinigung und trotz eines weitgehend befriedeten europäischen Kontinents. Dieser dramatische Zuwachs ist nicht im Mindesten nachvollziehbar.

Mit dem Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG), dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ verfügt die Bundesrepublik Deutschland zwar über ein im internationalen Vergleich als restriktiv geltendes Rüstungsexportkontrollregime, aber diese Regelungen haben den Skandal ohne Grenzen nicht verhindert.

Führender Empfänger deutscher Waffen sind Staaten, die kriegerische Konflikte führen. Ein bedeutender Anteil der deutschen Waffentransfers erfolgt ausgerechnet in die Entwicklungsländer, die Entwicklungshilfe beziehen. In beträchtlichem Umfang wurden deutsche Waffen an Länder in Krisen- und Kriegsgebiete des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas verkauft. Dabei wurde und wird der Grundsatz, nicht in Spannungsgebiete und nicht an menschenrechtsverletzende Staaten zu liefern, offensichtlich zunehmend missachtet. Häufig verschwinden die Waffen in staatlich unkontrollierbaren Grauzonen von Bürgerkriegskonflikten. Denn Reexporte an Drittstaaten werden de facto nicht kontrolliert. Mit großer Sorge verfolgen wir auch Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Waffen.

Laut Schätzungen des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes sterben rund 95 Prozent aller Opfer durch so genannte „Kleinwaffen“, also Gewehre, Pistolen, Mörser und Minen. Deutschland zählt seit Jahren zu den führenden Kleinwaffenexporteuren weltweit.

- Wir sehen in der Entwicklung der deutschen Waffenexporte einen Skandal ohne Grenzen.
- Wir fordern, dass dieser Entwicklung Einhalt geboten wird. Ziel deutscher Politik muss eine Welt sein, in der Konflikte mit zivilen Mitteln gelöst werden.
- Die Bundesregierung darf sich nicht länger von dem Totschlagargument irreführen lassen, deutsche Arbeitsplätze

müssten gesichert werden. Diese Behauptung ist unzutreffend: Mit dem Geld, das für staatliche Subventionen an die deutsche Rüstungsindustrie und für Waffenkäufe aufgewendet wird, könnten ungleich mehr Arbeitsplätze im Zivilbereich geschaffen werden.

- Die Bundesregierung soll sich auch nicht mit dem Argument beruhigen, im Falle eines deutschen Rückzugs würden eben andere die Waffen liefern. Steigt Deutschland aus dem Geschäft mit dem Tod aus, so kann dies eine positive Signalwirkung für andere rüstungsexportierende Staaten haben.
- Wir fordern die Mitglieder der Bundesregierung, des geheim tagenden Bundessicherheitsrates und die Parlamentarier nachdrücklich auf, sich auf ihre friedensethische Verantwortung zu besinnen.
- Wir fordern sie auf, mit gutem Beispiel voranzugehen, den Export von Waffen und Munition äußerst restriktiv zu handhaben.
- Wir fordern die Bundesregierung zum vollständigen Verzicht auf staatliche Absicherungen von Rüstungsgeschäften auf (Hermes-Bürgschaften).
- Wir fordern mehr Transparenz: Bundestag und Öffentlichkeit müssen vor den Entscheidungen über Rüstungsexporte informiert werden.
- Wir fordern von den deutschen Rüstungsunternehmen den Verzicht auf den Ausbau von Produktionskapazitäten zur Systemführerschaft. Stattdessen sollten die Vorstände der waffenproduzierenden Unternehmen zur Sicherung der Arbeitsplätze umgehend Maßnahmen der Konversion einleiten, also der Umstellung der militärischen auf eine sinnvolle zivile Fertigung.

Erstunterzeichner/innen:

Prof. Dr. Wolfram Wette, Historiker, SPD Waldkirch; Dr. Bernhard Moltmann, Vorsitzender der Fachgruppe Rüstungsexportpolitik der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE); Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen (DAKS); Jürgen Höfflin, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Südbaden (DGB); Sabine Wölfle, Vorsitzende der SPD Waldkirch; Stephan Möhrle, Vorstandsmitglied im RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.); Paul Russmann, Geschäftsführer der Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL); Fabian Sieber, in Vertretung des Generalsekretärs der deutschen Sektion von Pax Christi; Markus Weber, Geschäftsführer der Bistumsstelle Pax Christi Freiburg; Prof. Dr. Herbert Schweizer, Katholische Arbeiterbewegung (KAB); Christoph Bayer, SPD-Abgeordneter des Landtags von Baden-Württemberg; Dietrich Elchlepp, MdEP a.D., SPD; Alexander Kauz, DIE LINKE Kreisverband Emmendingen und viele andere mehr. Weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sind willkommen.

Heike Hänsel: Entwicklungspolitik muss Teil einer Friedenspolitik sein

Die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE kritisierte in der Haushaltsdebatte des Bundestages am 12.9. die Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit für militärische und wirtschaftliche Interessen.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Fast am Schluss werde auch ich jetzt noch einiges zur Entwicklungszusammenarbeit ergänzen. – Selbstverständlich begrüßt die Linksfraktion, dass es mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit gibt. Wir können aber auch die Kritik nachvollziehen, Herr Fischer, die einige Organisationen geübt haben, weil im Vorfeld des G-8-Gipfels höhere Erwartungen geweckt wurden. Beispielsweise war das Aktionsbündnis „Deine Stimme

gegen Armut“ sehr enttäuscht; sie haben nach dem G-8-Gipfel eine große Anzeige in mehreren Zeitungen geschaltet, aus der ich zwei, drei Sätze zitiere:

„Liebe Angela Merkel, für Sie war der G-8-Gipfel von Heiligendamm ein Erfolg. Für Menschen in Armut war er ein Trauerspiel. Zur öffentlichen Entwicklungshilfe haben Sie nur Versprechungen von Gleneagles wiederholt, aber keinen verbindlichen Umsetzungsplan verabschiedet.“

Ich halte diese Kritik für absolut legitim.

Der zweite Aspekt der Entwicklungshilfe sind neben ihrer Höhe die Rahmenbedingungen, die für sie gesetzt werden, um nachhaltig Entwicklung zu fördern. Wir setzen uns ganz klar für andere Weichenstellungen innerhalb der Welthandelsordnung ein. In unseren Augen reicht es nicht aus, mehr Geld in den Global Funds zu investieren, wenn sich Angela Merkel parallel dazu auf dem G-8-Gipfel für den Patentschutz stark macht, der mit dazu führt, dass der Zugang zu billigen Medikamenten für Menschen in Entwicklungsländern erschwert wird.

Es reicht auch nicht aus, mehr Geld in den europäischen Entwicklungsfonds zu investieren, wenn gleichzeitig die Europäische Union ein Freihandelsabkommen mit 78 Ländern der AKP-Staaten abschließen will, das natürlich schwerwiegende Folgen haben und vielen Menschen die Existenzgrundlage rauben wird, unter anderem den von Ihnen, Herr Addicks, angesprochenen Kleinunternehmern, zum Beispiel Kleinbauern, Landarbeiterinnen und Fischern. Sie werden von den Folgen solcher Abkommen betroffen sein, weil sie mit den subventionierten Produkten der EU nicht konkurrieren können. (...).

Frau Merkel hat heute Morgen im Zusammenhang mit einem anderen wichtigen Thema, das mit Entwicklung zusammenhängt, die Aussage getroffen: Entwicklung braucht Sicherheit, Sicherheit braucht Entwicklung. Ich frage Sie: Welche Sicherheit meint sie eigentlich? Meint sie soziale Sicherheit für die Bevölkerung, oder meint sie militärische Sicherheit in Kriegsregionen, wie zum Beispiel in Afghanistan? Dort erleben wir nämlich, dass Entwicklungszusammenarbeit zunehmend auch strategisch eingesetzt wird, um eine Akzeptanz von Besatzung, um Sicherheit für Soldaten zu organisieren. Das sehen wir als Missbrauch von Entwicklungshilfe an. Das ist eine gefährliche Entwicklung, die wir strikt ablehnen.

Für uns ist ganz klar, dass Entwicklungspolitik Teil einer Friedenspolitik sein muss, nicht aber Teil einer Sicherheitspolitik und vor allem nicht Teil von Kriegspolitik.

In diesem Zusammenhang möchte ich an Sie, Frau Wieczorek-Zeul, eine Frage richten, weil ausgerechnet Sie als Entwicklungsministerin sich für dieses OEF-Mandat stark gemacht haben mit der Begründung, wir könnten nur so unseren Einfluss bei diesem OEF-Mandat weiterhin geltend machen.

Dieses Mandat ist ja ein reiner Kampfeinsatz, der nichts mit Entwicklung zu tun hat. Da frage ich mich, wie es kommt, dass Sie, wo doch diese Politik eindeutig in eine Sackgasse führt, mit in diese Sackgasse gehen, anstatt einen anderen Weg aufzuzeigen. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Seit sechs Jahren ist die Bundeswehr an diesem OEF-Mandat beteiligt. Wir sehen doch, wie viele Zivilisten im Rahmen dieses Kampfeinsatzes bereits getötet wurden.

Hat der Kampfeinsatz für Schulbesuche gesorgt? Während des Kampfeinsatzes wurden Zivilisten getötet, und die daran beteiligten KSK-Soldaten stehen unter anderem im Verdacht, Murat Kurmaz misshandelt zu haben. Diese Palette könnte ich erweitern. Insofern handelt es sich um eine absolute Sackgasse, in die wir da gehen. Ich kann es nicht nachvollziehen, dass sich die Entwicklungsministerin dafür einsetzt.

Herr Steinmeier hat von einem politisch-moralischen Projekt bezüglich Afghanistans gesprochen. Dagegen möchte ich zum Abschluss eine authentische Stimme aus Afghanistan setzen. Es handelt sich um eine engagierte Frauenrechtlerin und Parlamentarierin, Malalai Joya, die wir übrigens für nächste Woche eingeladen haben. Sie sagt unter anderem – ich zitiere –:

„Mittlerweile hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass der Westen nur für seine eigenen strategischen und politischen Interessen in Afghanistan eintritt und das Leid der Menschen die internationale Gemeinschaft nicht wirklich tangiert.“

Ich finde, zu dieser Einschätzung muss die Bundesregierung Position beziehen. Vor allem aber muss sie sich dem Protest der Mehrheit der Bevölkerung in diesem Lande stellen. Viele davon werden jetzt am Samstag nämlich auf die Straße gehen und dagegen demonstrieren.

Danke.

IMI – gemein, aber nützlich

Der Informationsstelle Militarisierung e.V. aus Tübingen (IMI) war vom Finanzamt gedroht worden, die Gemeinnützigkeit zu entziehen. Ende August konnte das IMI dann Entwarnung geben:

Wir freuen uns mitteilen zu können, dass das Tübinger Finanzamt uns mittlerweile unseren Freistellungsbescheid und damit die Gemeinnützigkeit erteilt hat.

Dem vorausgegangen war ein Gespräch mit dem Leiter des Finanzamtes und der zuständigen Mitarbeiter, zu dem es insbesondere aufgrund einer Flut von Schreiben in unserer Sache an das Finanzamt kam. Auf diesem wurde uns mitgeteilt, dass es das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg war, welches den ursprünglichen Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit gegen uns in den Raum gestellt hatte, allerdings ohne diesen in irgendeiner Weise erhärten zu können. Auch wurde bestätigt, dass es ohne diesen Vorwurf nicht zu einer Überprüfung unserer Gemeinnützigkeit aufgrund unserer vermeintlich tagespolitischen Äußerungen gekommen wäre. Diese sei jedoch ordnungsgemäß verlaufen.

Wir danken Allen, die uns unmittelbar oder durch ein Schreiben an das Finanzamt ihre Solidarität ausgedrückt und uns damit entscheidend geholfen haben!



„Gesetzlicher Mindestlohn bleibt Schwerpunktthema“

Lothar Bisky und Oskar Lafontaine an die Kreisverbände der Partei:

Liebe Genossinnen und Genossen, der gesetzliche Mindestlohn wird für DIE LINKE bis zur voraussichtlichen Bundestagswahl 2009 ein wichtiges Thema bleiben. Der Parteivorstand hat beschlossen euch, die Landesverbände und die Kreise, zu bitten, dieses Thema schwerpunktmäßig bis in das Frühjahr 2008 zu behandeln.

Dabei haben wir zu berücksichtigen, dass die SPD seit März diesen Jahres ebenfalls verlaublich, dass sie für den gesetzlichen Mindestlohn eintritt. An der Ernsthaftigkeit bestehen immer wieder Zweifel. Diese werden wir auch immer wieder thematisieren. Wir sollten vor allem die SPD und auch die Grünen aber beim Wort nehmen. Wir meinen: wenn man für den Mindestlohn eintritt, dann muss man auch für die Beseitigung der Ursachen eintreten, die diese Forderung so dringlich machen! Mehr als sieben Millionen Menschen arbeiten für Hunger- und Niedriglöhne. Aufgrund von Massenarbeitslosigkeit und Deregulierung entwickelte sich bereits in den 1990er Jahren ein Niedriglohnsektor. Aber erst unter Rot-Grün wurden dann – unter dem Applaus von CDU/CSU – massive Verschlechterungen durchgesetzt, die den Niedriglohnbereich deutlich ausweiteten und verfestigten. Durch Hartz IV und den faktischen Fortfall des Zumutbarkeitsschutzes wird massiver Druck auf die Löhne, auf Tarifverträge ausgeübt.

Minijobs, Leiharbeit und Befristungen gehören ebenso zu dem Nährboden, auf dem selbst Löhne von gerade einmal 1,92 Euro je Stunde möglich wurden.

Deshalb: Wer für Mindestlohn ist, muss auch für die Zurücknahme dieser Verschlechterungen sein. Diese Kernbotschaft muss im Mittelpunkt der Fortsetzung unserer Mindestlohn-Kampagne stehen. Dann haben wir auch wieder mit unserer Politik ein Alleinstellungsmerkmal. Da wir Mindestlohn/Lohndumping als Schwerpunktthema vorschla-

gen, möchten wir euch bitten, insbesondere zu dieser thematischen Erweiterung Konferenzen bzw. Schulungen anzubieten. Darüber hinaus sollte dieses Thema in vielfältiger, kreativer Weise Gegenstand von Aktionen vor Ort sein.

Uns ist bewusst, dass in den drei Ländern mit Landtagswahlen (Hamburg, Hessen und Niedersachsen) im Winter alles dem Wahlkampf untergeordnet ist. Wir meinen, dass das Thema Mindest-

lohn in Verbindung mit Lohndumping gut geeignet ist für die Landtagswahlkämpfe. Die weiteren Aktivitäten zum Mindestlohn/Lohndumping werden von der bisherigen Steuerungsgruppe beim Parteivorstand weiterhin betreut. Aus dem Kreis des Parteivorstandes sind hierfür Michael Schlecht – michael.schlecht@die-linke.de – und Harald Werner – harald.werner@die-linke.de – zuständig. Diese beiden Genossen stehen euch auch gerne mit Rat und Tat zur Verfügung. Sie sind auch bereit persönlich, zum Beispiel im Rahmen von Landesvorstandssitzungen, die Mindestlohn-Kampagne zu beraten.

Mit freundlichen Grüßen

Lothar Bisky, Oskar Lafontaine

Privatisierung ist Verschleuderung öffentlichen Eigentums! Die Bahn darf nicht verkauft werden!

Aktuell wird über die Privatisierung der Deutschen Bahn diskutiert. Auch auf kommunaler Ebene sollen immer mehr Betriebe, Kliniken und Wohnungsbestände verschleudert werden. DIE LINKE. steht gegen diese Politik und sagt:

Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist!

Die herrschende neoliberale Politik stärkt die Macht der Finanzmärkte, der Großkonzerne und transnationaler Kapitalgesellschaften. Deregulierung und Privatisierung führen zu mehr Privilegien und Reichtum für eine Minderheit und zu weniger Freiheit und soziale Sicherheit für die Mehrheit. Wenn es nicht gesellschaftlichen Schranken unterworfen wird, führt rein gewinnorientiertes Handeln zu zunehmender sozialer Not, Ungleichheit und Spaltung.

DIE LINKE. fordert:

- den Stopp der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bildung, Gesundheit, Betreuung und Kultur, Wasser, Gas und Strom sind elementare Bestandteile sozialer Sicherheit und dürfen nicht von unternehmerischen Zielen bestimmt sein.
- die demokratische Kontrolle der Wirtschaft.
- die Dezentralisierung privater wirtschaftlicher Macht und eine Verschärfung der Kartellgesetzgebung.
- die Überführung wichtiger Naturressourcen in Staatseigentum.

Weitere Infos: <http://die-linke.de/politik/themen/oeffentlich>

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Karin Binder (MdB): Bahn-Privatisierung ist Verschleuderung öffentlichen Eigentums

Die Bahn soll verscherbelt werden, nach dem Willen der SPD-Oberen noch vor ihrem Bundesparteitag im Oktober. Treibende Kraft dabei ist Peter Struck, der mit einem Bundestagsbeschluss die eigenen Parteitage delegierten, denen Anträge von fünf Landesverbänden gegen die Privatisierung der Bahn vorliegen, vor vollendete Tatsachen stellen will. Auch der jüngste Vorstoß der „SPD-Linken“ mit dem so genannten Volksaktien-Modell wirkt da nur noch als Ablenkungsmanöver. Im Kabinett ist die Privatisierung schon seit Juli beschlossene Sache. Die Bahn soll definitiv weit unter Wert an die Börse gebracht werden, gegen den Willen der BürgerInnen und ohne jeglichen Nutzen und Not.

Fakt ist: Verkehrsminister Tiefensees und Mehdorns Bahnreform bringt nicht

mehr Verkehr auf die Schienen, sondern nur mehr Geld in die Taschen der Aktionäre. Das Vorgehen der Bundesregierung in dieser Sache ist im Grunde ein Skandal. Der Gesetzentwurf wurde im Sommerloch durchgepeitscht, vorbei an den erheblichen Bedenken vieler Experten und der kritischen Öffentlichkeit. Im Mittelpunkt der Kritik stehen die Tatsachen, dass eine privatisierte Bahn sich aus weniger rentablen Strecken in der Fläche zurückzieht und dass die Bahn weit unter Wert an den Kapitalmarkt gebracht wird. Mit dem Geld der Allgemeinheit wurde und wird eine Eisenbahninfrastruktur aufgebaut und unterhalten. Der erzielte Verkaufserlös würde den realen Wert der Anlagen um mindestens 60 Milliarden Euro unterschreiten, so Experten. Volkswirtschaftliche



Volkseigentum!

71 % der BürgerInnen sind gegen die Privatisierung der Bahn!

DIE LINKE.
BADEN-WÜRTTEMBERG

www.die-linke-bw.de

Investitionen der letzten Jahre werden so verschleudert. Für den Arbeitsmarkt und die Steuerungsfähigkeit des Staates stehen bei einer privatisierten Bahn alle Zeichen auf Rot.

Klimapolitische Farce

Auch aus klimapolitischer und regionaler Sicht ist diese Privatisierung eine Farce. Zum einen verliert der Staat ein wichtiges Steuerungsmittel in Sachen CO₂-Reduktion. Zum anderen wird eine privatisierte Bahn wichtige gesellschaftspolitische Projekte aus Rücksicht auf die Aktionäre nicht mehr in Angriff nehmen. Eine kostenintensive Umstellung auf geräuscharme Güterwagons, wie es gerade entlang der viel befahrenen und dicht besiedelten Rheinstrecke sinnvoll wäre, wird eine rein wettbewerbsorientierte Bahn sicher nicht in den Mittelpunkt stellen.

Für DIE LINKE. gehört die Bahn zur öffentlichen Daseinsvorsorge, daher lehnt DIE LINKE im Bundestag eine Teilprivatisierung der DB AG ab. Das von Verkehrsminister Tiefensee geplante Privatisierungsmodell ist mit dem am Gemeinwohl orientierten Infrastrukturauftrag des Grundgesetzes (Art. 87e Abs. 4) nicht vereinbar. Internationale Erfahrungen zeigen deutlich dass am Ende weder ein Mehr für die Kunden noch für die Beschäftigten dabei herauskommt. Auch eine teilprivatisierte Bahn bedeutet letztendlich weiteren Arbeitsplatzabbau, ausgedünnte Fahrpläne, Streckenstilllegungen und höhere Preise.

Die Bahnprivatisierung ist nicht im Interesse der Menschen!

71 Prozent der Bevölkerung wollen, dass die Deutsche Bahn öffentliches Eigentum bleibt. Die Große Koalition will die Privatisierung offenbar trotzdem durchführen. Spätestens jetzt muss ein deutliches Nein formuliert werden! Dies

Wer zahlt die Zeche für „Stuttgart 21“? DIE LINKE unterstützt Bürgerbegehren.

Genau die Finanzierungspläne der Landesregierung für „Stuttgart 21“ erklärten Bernd Riexinger und Bernhard Strasdeit am 24.7. für DIE LINKE in Baden-Württemberg.

„Stuttgart 21“ und die Tieflegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs sind beschlossen. Fünf Milliarden Euro soll das Projekt kosten. Fachleute rechnen bis zum Abschluss des Bauprojekts in zehn Jahren mit einer Verdoppelung der Kosten für Bund, Land, DB und Stadt Stuttgart. 1,4 Milliarden Euro sind als Beitrag der Landesregierung bislang fest zugesagt. Auf wessen Kosten das Geld für dieses Projekt mobilisiert wird, zeichnet sich inzwischen ab.

Die Bahnverbindungen in der Fläche werden im Land weiter ausgedünnt, kritisiert Bernd Riexinger. Von den neuen Fahrplankürzungen im Regionalverkehr, auch im Ballungsraum der Region Stuttgart, sind Berufspendler und Schichtarbeiterinnen besonders betroffen. Das Land spart so derzeit 13 Millionen Euro ein, das sind etwa 1% des Landesanteils für Stuttgart 21. Finanzminister Stratthaus kündigte weitere Einsparungen im Nahverkehr so hektisch an, dass er diese später kosmetisch wieder korrigieren musste. Tatsache bleibt: die Pendler im Nahverkehr werden die Zeche für einige Minuten Zeitgewinn im Fernverkehr Paris-Moskau bezahlen.

Privatisierungswelle verhindern!

Das Wissenschaftsministerium plant die Unikliniken in Baden-Württemberg zu privatisieren. „Woher kommt dieser plötzliche Sinneswandel? Gibt es einen Zusammenhang zu Stuttgart 21?“ – fragt Bernhard Strasdeit. Noch am 1. März dieses Jahres hatte Ministerpräsident Oettinger vor Betriebs- und Personalräten in der Villa Reitzenstein solchen Plänen eine Absage erteilt. Jetzt gab die Landesregierung ein Gutachten in Auftrag, in dem andere Rechtsformen bis hin zum Verkauf abgefragt werden sollen. So laufen Privatisierungsmaschinerien immer an. Das Ziel ist es, die Landeskasse kurzfristig zu sanieren und gleichzeitig mehr Gewinne für private Investoren auf dem Gesundheitsmarkt zu ermöglichen. Die Mittel sind Sozial- und Personalabbau auf dem Rücken von Beschäftigten und PatientInnen. Deshalb lehnt DIE LINKE Privatisierungen ab. Bahn, Öffentlicher Nahverkehr und Gesundheit sind Güter der öffentlichen Versorgung und gehören nicht an die Börse. Grotesk wird es, wenn die Privatisierung im einen Bereich mit der Privatisierung im anderen Bereich finanziert wird.

Das Milliardenloch Stuttgart 21 führt zum Abbau von öffentlichen Leistungen. Auch städteplanerisch ist die Tieflegung des HBF umstritten. Bernd Riexinger weist darauf hin, dass mit einer Optimierung des jetzigen Hauptbahnhofs ebenfalls ein Großteil der bisherigen Gleisanlagen im Sinne einer sozialen und ökologischen Stadtentwicklung genutzt werden könnte. Deshalb unterstütze DIE LINKE die Forderung eines Bürgerentscheids zu Stuttgart 21.

ist nun wohl auch in einigen Ländern angekommen, die angekündigt haben, dem Gesetzesentwurf in der jetzigen Form nicht zuzustimmen. Die geäußerte Kritik an der Teilprivatisierung der Deutschen Bahn ist allerdings unzureichend. Es geht nicht darum ein falsches Vorhaben in seinen negativen Auswirkungen zu begrenzen, sondern die gesamte Bahnprivatisierung muss gestoppt werden. DIE LINKE fordert daher die Länder auf, im Bundesrat gegen die geplante Bahnprivatisierung zu stimmen und so das Vorhaben der Bundesregierung zu verhindern.

Nachdem allerdings auch der Widerstand in der SPD zusammengebrochen scheint und einer der namhaftesten SPD-Bahnprivatisierungskritiker Hermann Scheer einlenkt (junge welt, 30.8.07), werden die Initiativen jedes Einzelnen und gesellschaftliche Initiativen wie „Bahn für Alle“ oder „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ umso wichtiger. DIE LINKE und ihre Kreisverbände müssen die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisieren. Nur so kann über eine öffentliche Debatte ein Ende der Privatisierungspläne der Bahn erreicht werden. Öffentliches Eigentum darf nicht verscherbelt werden.

Karin Binder, Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Weitere Infos im Internet: www.buergerbahn-statt-boersenbahn.de; www.bahn-fuer-alle.de; www.bahn-untermhammer.de

Schnelle Absicherung für Postbeschäftigte!

Zum aktuellen Streit um die Einführung eines Mindestlohnes in der Postbranche erklärten am 14.9. die gewerkschaftspolitischen Sprecher des Parteivorstandes Heidi Scharf und Michael Schlecht:

Für die Postbeschäftigten muss bis zum 1. Januar 2008 diese Absicherung durchgesetzt werden. Sonst wird die Gefahr weitverbreiteten Lohndumpings in der Postbranche deutlich zunehmen.

Wir fordern Wirtschaftsminister Glos und die Union nachdrücklich auf, ihren Widerstand gegen einen tariflichen Mindestlohn für die Postbeschäftigten aufzugeben. Der Tarifvertrag muss unverzüglich und unbürokratisch für allgemeinverbindlich erklärt werden. Darüber hinaus müssen die Postdienste schnell in das Entsendegesetz aufgenommen werden.

In der weiteren Perspektive fordert DIE LINKE die Postunternehmer auf, den tariflichen Mindestlohn für die ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen auf das Niveau der westdeutschen Beschäftigten anzuheben.

Von Hunger- und Niedriglöhnen sind jedoch über sieben Millionen Menschen betroffen. Um ihre Lebenslage zu verbessern ist der gesetzliche Mindestlohn notwendig. DIE LINKE wird weiterhin Druck machen für eine Mindestabsicherung von acht Euro. Dieser Betrag wird in schnellen Schritten erhöht werden müssen.

Darüber hinaus bekämpft DIE LINKE die Ursachen für Niedriglöhne: Leiharbeit muss zurückgedrängt werden. Vor allem gilt aber: Weg mit Hartz IV! Denn der Fortfall jeglicher Zumutbarkeitsregelungen ist ein wichtiger Grund dafür, dass Millionen von Menschen gezwungen werden, zu menschenunwürdigen Hungerlöhnen zu arbeiten.



Angriff auf das Streikrecht zurückweisen – politischen Streik in der Bundesrepublik durchsetzen!

DIE LINKE in Schwäbisch Hall nahm Stellung zur Tarifaueinandersetzung bei der Bahn:

Wenn heute ein Gericht einen Streik der Lokführer mit der Begründung verbietet, dass ein wirtschaftlicher Schaden entsteht, kann in der Zukunft jeder Streik verboten werden. Ein Streik hat immer wirtschaftliche Auswirkungen und wird wegen des wirtschaftlichen Druckes geführt. Wenn dem nicht so wäre, würde jeder Streik ins Leere laufen. Ein Druck auf die Arbeitgeber könnte nicht erzeugt werden. Ebenso wenig zählt das Argument, dass diese Auseinandersetzung auf dem Rücken der Kunden ausgetragen wird. Ein Streik in der Automobilindustrie oder im Kfz-Handwerk trifft immer auch die Kunden, da diese eine Leistung nicht oder erst mit Zeitverzug erhalten. Unverständlich ist für uns auch, warum sich das Arbeitsgericht Nürnberg nicht wie andere Arbeitsgerichte für unzuständig erklärt hat. Hier drängt sich der Verdacht auf, dass Richter sich politisch missbrauchen lassen und die Unabhängigkeit der Justiz in Gefahr ist.

Wir stellen fest: Das Streikrecht ist durch Artikel 9 des Grundgesetzes (Koalitionsfreiheit) ein Grundrecht. Streik-

verbote sind uns als Gewerkschafter nur aus Diktaturen bekannt. 1984 hat das Bundesarbeitsgericht bereits festgestellt:

1. Tarifverträge kommen nur zustande, wenn sie gegebenenfalls von den Gewerkschaften mit dem Mittel eines Arbeitskampfes erzwungen werden können...

2. ... sie (die Gewerkschaften) wollen in der Regel eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder erreichen. Andererseits kann sich die Arbeitgeberseite auf die Ablehnung einer Vereinbarung beschränken...

3. „...bei diesem Interessengegensatz wären Tarifverhandlungen ohne das Recht zum Streik nicht mehr als kollektives Betteln (BAG 1 AZR 342/83 vom 12.09.1984).“

In Deutschland wurde mit diesem Recht schon immer sehr behutsam umgegangen. Dies zeigt jeder Vergleich innerhalb Europas. Hier liegt Deutschland mit 2,4 Tagen Streik pro 1000 Beschäftigten im Durchschnitt der Jahre 1996-2005 am untersten Ende. In Spanien waren es 144,9, in Frankreich 71,5 und in Großbritannien 23,6 Tage.

Der Vorstand des Kreisverband DIE LINKE Schwäbisch Hall – Hohenlohe stellt fest: Wenn deutsche Richter schon der Meinung sind, sie müssen Urteile fällen damit die Volkswirtschaft keinen Schaden nimmt, sollten diese sofort die Arbeitslosigkeit abschaffen und Kündigungen verbieten. Denn Arbeitslosigkeit und Kündigungen erzeugen einen viel größeren Schaden. Wie die Kommentare aus dem Unternehmerlager hinsichtlich dieses Urteils beweisen, soll dieses Urteil zum Generalangriff auf das Streikrecht in allen Branchen genutzt werden.

Wir sind der Meinung: Es kommt nicht nur darauf an, die Angriffe auf das Streikrecht über Gerichtsurteile und Bestrebungen der Unternehmerverbände zurückzuweisen. Vielmehr kommt es auch darauf an in diesem Lande endlich das Recht auf einen politischen Generalstreik durchzusetzen. DIE LINKE bedauert sehr, dass nicht alle Beschäftigten solidarisch mit einer Forderung gegenüber dem Vorstand auftreten – das Verhalten der DGB-Gewerkschaft Transnet im Schulterschluss mit dem Bahn Vorstand zum Börsengang hat zu einer Abspaltung geführt und die Gewerkschaft der LokomotivführerInnen gestärkt. Der Kreisverband DIE LINKE Schwäbisch Hall – Hohenlohe zeigt sich trotzdem solidarisch mit den in der GdL organisierten KollegInnen, da es sich um einen Generalangriff gegenüber dem Streikrecht aller Gewerkschaften handelt, der geschlossen abgewehrt werden muss.

Kreisverband DIE LINKE Schwäbisch Hall – Hohenlohe, Ernst Kern, Sonja Hanselmann, Conny Muletz, Jochen Dürr

Casino-Kapitalismus – Lehren aus der weltweiten Finanzkrise

von Ulrich Maurer

„Von der Krise in den Crash“, „US-Kreditkrise bedroht Weltkonjunktur“, „Leichen in den Banken-Kellern“, „Versunken im Sumpf der Sachsen-LB“. Das sind einige Schlagzeilen aus der aktuellen Tagespresse. Der DGB spricht vom „Terror der Finanzmärkte“.

Es ist schon phänomenal: Da kommen amerikanische Häuslebauer in Schwierigkeiten, ihre Hypothekenraten zu zahlen, und schon kracht es weltweit im Gebälk der Finanzmärkte. Plötzlich sind Hypothekenkredite und davon abgeleitete Anleihen (Kreditderivate) im Umfang von fast zwei Bio. Dollar unverkäuflich, Greenspan, der frühere Chef der US-Notenbank, vergleicht die aktuelle Situation mit den weltweiten Finanzkrisen von 1987 und 1998, fast über Nacht gerät die deutsche Kreditwirtschaft in eine dramatische Schiefelage.

Was ist passiert?

Jahrelang waren die US-Hauspreise im Höhenflug. Damit verbunden eine riesige Spekulationswelle. Häuser wurden fast nur noch gekauft, um sie zu höherem Preis weiterzuverkaufen. „House flipping“ wurde zum Zockersport – mit z.T. solch absurden Erscheinungen, dass zwischen Baugenehmigung und Fertigstellung das gleiche Objekt fünf bis sechs Mal den Besitzer wechselte. Mit dem höheren (Papier-)Wert ihres Häuschens konnten die VerbraucherInnen den Dispo-Kredit bei ihrer Bank und für ihre Kreditkarten erhöhen und die Finanzierung eines teureren Autos sicherstellen. Der Effekt dieser Hauspreis-inflation spielte eine wesentliche Rolle beim Konjunkturboom in den USA.

Ein schwunghafter Handel mit Hypotheken entstand, Banken verkauften die Hypotheken an Investoren, um Liquidität für andere Investments freizubekommen, die Investoren bündelten Hypotheken in sog. Kreditverbriefungen, die wiederum auf den Markt geschmissen und mit sog. Commercial Papers refinanziert wurden. Investment-, Hedge- und Pensionsfonds legten ihrerseits die Verbriefungen als renditeträchtige Investition an. Die Ausplatzierung der Kredite hatte einen immensen Vorteil: Die Kredite tauchten bei den Banken



nicht mehr in den Büchern auf und erhöhte damit ihren Handlungsspielraum. Dass damit zugleich die Risiken künstlich versteckt wurden, interessierte niemanden.

Je schlechter die Besicherung der Hypotheken, umso höher das Risiko, aber umso höher auch die Renditen. Im allumfassenden Kampf um die besten Renditen stürzten sich die von den Banken aufgelegten Fonds begierig auf die Pakete mit schwacher Bonität. Es entstand der sog. Subprime-Sektor, allein in den USA in einem Umfang von ca. einer Bio. Dollar.

Das Ganze ging natürlich nur solange gut, wie die Hauspreise steigen. Zwar kündigte sich das Ende des Immobilienbooms schon seit mindestens einem Jahr an, aber die Gier lief weiter ungebremst. Selbst als die ersten Hypothekenfinanzierer in den USA im Frühjahr in Zahlungsschwierigkeiten gerieten und im Juni die ersten Hedgefonds Pleite machten, schreckte dies Niemanden ab. Banken verdienten weiter riesige Summen im Verbriefungsmarkt. Auch deutsche Geldhäuser zockten bis zur letzten Sekunde, allen voran die Landesbanken, die ihre Eigenkapitalrenditen im Vergleich zur privaten Konkurrenz aufpäpeln wollten.

Dann brach die Lawine los.

Wie im Dominoeffekt jagte Ende Juli/Anfang August eine Schreckensnachricht die nächste, der Verkauf eines Daimler-Chrysler-Pakets an eine Heuschrecke musste verschoben werden, Finanzierungen im Wert von 100 Mrd. Dollar platzten, weil die Banken die Kredite nicht mehr abnahmen, große US-Hypothekenhäuser meldeten Gläubigerschutz an, Commercial Papers im Umfang von 2 Bio. Dollar waren plötzlich unverkäuflich, das Wort von der Kreditklemme war in aller Munde.

In Deutschland gerät als erste die IKB ins Trudeln, es folgt die Sachsen-LB. Letztere kann nur in einer Nacht- und-Nebel-Aktion am Parlament vorbei zum Spottpreis an die LBBW verscherbelt werden; sie kann damit zwar aufs Erste vor dem Bankrott gerettet werden, bleibt aber auf allen Risiken sitzen. Beide Geldhäuser hatten über sog. Zweckgesellschaften – der Rendite wegen – im Verbriefungsmarkt gezockt – und verloren. Die Bombe war geplatzt, die Krise spülte ans Tageslicht, dass mehr oder weniger alle deutschen Geldhäuser mit den drin hängen im Zockergeschäft.

Die Folge ist eine veritable Vertrau-

enskrise im deutschen Kreditsystem, jeder vermutet vom Anderen, er säße noch tiefer im Sumpf als man selbst, die Banken sitzen wie die Glücke auf ihrer Liquidität – aus Angst vor dem Ansturm der AnlegerInnen, die ihre Einlagen zurückfordern könnten. Alle Welt verkündet, kein Mensch habe ahnen können, wie tief die Kreditinstitute im Markt der zweitklassigen Kreditpakete spekulieren, Verwaltungsräte der öffentlichen Banken waschen ihre Hände in Unschuld, niemand habe die Hypothekenkrise voraussehen können.

Das Schlimme ist: Das dicke Ende steht noch vor uns.

Weil die US-Hypothekenbanken mit niedrigen variablen Zinsen, die sich nach zwei bis drei Jahren kräftig erhöhen, die Kunden locken konnten, erwartet Millionen von Hausbesitzern eine Erhöhung der Monatsraten um bis zu 100%, eine Welle von Privatinsolvenzen steht bis 2009 ins Haus. Die schlechten Nachrichten reißen nicht ab, jetzt kommt ans Tageslicht, dass der „Subprime-Wahnsinn“ (Handelsblatt) sich inzwischen auch auf Kreditkarten und Autokredite erstreckt.

Hinzu kommt: Der Beginn der Hypothekenkrise fällt zusammen mit der Abschwungphase des gegenwärtigen Konjunkturzyklus, sowohl in den USA wie auch bei uns. Die OECD spricht erstmals wieder von Rezessionsgefahren, an den Börsen geht das Gespenst der Rezession um.

Es geht mir nicht um Panikmache und Beschwörung des Untergangs. Für uns ist diese Debatte wichtig zum einen wegen der zu erwartenden Risiken, zum anderen aber, weil wir die Krise nutzen können für die Ausstrahlung unserer politischen Ziele.

Die aktuelle Krise bestätigt Grundlinien unserer Gesellschaftskritik: Die Kritik am Casino-Kapitalismus und an der Instabilität der Finanzmärkte, die Kritik an der jahrzehntelangen Politik der Deregulierung und an der Umverteilung von unten nach oben, die zu den Fehlentwicklungen in den Vermögenssektoren geführt hat, die Kritik an der erschreckenden Intransparenz des deutschen Bankensystems, die Kritik an der Profitgier als der tiefen Ursache der aktuellen Turbulenzen.

Die aktuellen Ereignisse sind deshalb für uns ein guter Anlass, um bei den Menschen für unsere Ziele zu werben. Wir werden in der Parteiarbeit und in der Bundestagsfraktion in dieser Richtung offensiv agieren.

Integration konkret

Vom 9. bis 12. September 2007 fuhr eine Reisegruppe mit 50 Personen auf Einladung der Karlsruher Bundestagsabgeordneten Karin Binder nach Berlin zu einer politischen Bildungsfahrt.

Karlsruhes Sozialbürgermeister hatte im Vorfeld die regionalen Bundestagsabgeordneten angeschrieben ob es möglich wäre, eine Gruppe, bestehend aus Polizeibeamten des Polizeipräsidiums Karlsruhe, Mitgliedern des Ausländerbeirates und ausländischen Studierenden, nach Berlin zu einer politischen Bildungsfahrt einzuladen. Bei dieser Fahrt sollte für gegenseitiges Verständnis zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen geworben und Vorwürfe wegen Rassismus und Diskriminierung, auch durch Vertreter öffentlicher Einrichtungen, diskutiert und abgebaut werden. Im Rahmen dieser Fahrt sollten Polizisten und Migrantinnen und Migranten zusammen gebracht werden und ein Besuch des Deutschen Bundestags stattfinden.

MdB Karin Binder hat diese Idee gerne aufgegriffen und dieser Gruppe ein Kontingent von 16 Personen zur Verfügung gestellt. So ergab sich eine „bunte Mischung“ von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Russland, Ghana, Kroatien, Griechenland, Türkei, Togo, Kamerun, Vietnam, Pakistan und Karlsruhe. Bei der viertägigen politischen Bildungsfahrt nach Berlin standen unter anderem Besuche in den „Berliner Unterwelten“, dem Jüdischen Museum, dem Stasi-Gefängnis Potsdam, dem Holocaust-Denkmal, ein Besuch im Reichstagsgebäude und eine Dampferfahrt auf dem Wannsee auf dem Programm. Besonders interessant war für alle TeilnehmerInnen der Besuch beim Bun-



desministerium des Innern. Hier wurde lebhaft über das Thema Völkerverständigung und Migration diskutiert. Die Anwesenden nutzen rege das Angebot, Fragen zu diesen Themenbereichen an die Referenten zu stellen.

Wichtig waren sowohl für die Polizisten als auch für die MigrantInnen vor allem aber die Gespräche zwischen und nach den Programmpunkten. Hier konnten bestehende Vorurteile aktiv abgebaut und Neues in Erfahrung gebracht werden.

Als Rückmeldung wurde uns von den Teilnehmenden zurückgegeben, dass ihre Erwartungen an dieses Projekt mehr als übertroffen wurden und für ein besseres Zusammenarbeiten und Verständnis untereinander ein guter Grundstock gelegt worden wäre. Weitere Treffen zur Integration und Verständigung in Karlsruhe sind in Planung.

Eltern, Lehrer und Rektoren in ganz Baden-Württemberg fordern:

Stellt die ausgebildeten LehrerInnen ein!



Stellt die Lehrer ein ...

Mit einem landesweiten Flyer informiert DIE LINKE derzeit in Baden-Württemberg über Lehrermangel an den Schulen des Landes. Zusammen mit Eltern, Lehrkräften, Rektoren und Handwerkskammern fordert DIE LINKE von der Landesregierung:

- Einstellung aller JunglehrerInnen
- Rücknahme der Stellensperren
- Senkung des Klassenteilers auf höchstens 25 Kinder
- Zusätzliche Förderkurse
- Stufenweise Einführung der Gemeinschaftsschule bis zur 10. Klasse
- Durchsetzung der Lernmittelfreiheit
- Gebührenfreie Kindergärten



Gegen die drohende Schließung der Sparkassen-Informatik in Karlsruhe demonstrierten Beschäftigte am 1.8. in Tübingen. Spontan solidarisierte sich Heike Hänsel (MdB), die in der Nachbarschaft ihr Abgeordnetenbüro hat.

1907–2007 – Was für ein Jahrhundert!

Am Freitag, den 17.8.07, hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE. unter Beteiligung der Landesarbeitsgruppe Frauen in Baden-Württemberg, zum Sozialistinnenkongress eingeladen, genau 100 Jahre später, nachdem am 17. August 1907 in Stuttgart der erste Sozialistinnenkongress stattfand.

Frauen, die sich in den sozialistischen Bewegungen und Parteien organisierten, spielten in den politischen Auseinandersetzungen aller Länder eine große Rolle. Darunter auch Clara Zetkin. Sie hielt die Eröffnungsrede beim Stuttgarter Kongress 1907 und an sie wurde besonders gedacht. Vier Themenschwerpunkte standen auf der Tagesordnung, wobei Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE. mit „historischen Frauen“, heutigen Aktivistinnen und internationalen Gästen diskutierten.

So kamen die Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Heike Hänsel, Monika Knoche und Sevim Dagdelen ins Gespräch mit Aktivistinnen, wie Gisela Kessler, Ellen Diederich und Annette Groth und diskutierten über Themen, die heute genauso aktuell sind wie vor 100

Jahren: Arbeit, Frieden, Kolonialismus/Globalisierung und die Stellung von Frauen in Politik und Gesellschaft.

Mit dabei waren auch Litsa Doudoumi und Thalia Campbell, als internationale Gäste sowie historische Persönlichkeiten wie Clara Zetkin, Emma Goldmann und Rosa Luxemburg, Julie Bebel, Alexandra Kolontai, Frida Kahlo und Dolores Ibarruri Gomes, genannt La Pasionaria. die von Mitgliedern der Landesarbeitsgruppe Frauen in Baden-Württemberg verkörpert wurden.

Aufgelockert wurde das Programm von musikalischen und kabarettistischen Einlagen von „Lila Luder“ die auf wunderbare Weise auch das Publikum mit einbezog. So kam auch trotz hohen politischen Anspruchs der Spaß bei dieser



Veranstaltung nicht zu kurz. Ein Programm zusammen gestellt nach der Idee der Künstlerin Judy Chicago, die Menschen aus verschiedenen Epochen in einer Runde zusammenführte mit ihrer jeweils speziellen Sicht auf die Politik und das Leben.

Damit wurden Gegenwart und Vergangenheit zusammengeführt, um gemeinsam einen Blick in die Zukunft zu werfen.

Dagmar Uhlig

Schlusswort von Heidi Scharf, Mitglied des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE

Die LINKE braucht uns Frauen!

Liebe Freundinnen und Freunde, DIE LINKE braucht uns Frauen!

Um eine neue andere gerechtere Welt zu schaffen brauchen wir viele Menschen, die in Toleranz, in Frieden und Freiheit gleichberechtigt miteinander leben wollen.

Das beschrieb schon unsere Schwester Christine de Pisan 1405, fast genau vor 600 Jahren in „Das Buch der Stadt der Frauen“

In diesem Buch wendet sie sich gegen die patriarchale extreme Abneigung gegen Frauen, die Frauenverachtung, den Frauenhass, widerlegt patriarchalische Verunglimpfungen durch die Darstellung vergessener und verschwiegener Leistungen von Frauen. Diese Geschichte soll Frauen Würde und Selbstbewusstsein geben und ist zugleich Fundament und Bauplan ihres Wunschtraums: allen allegorischen Frauenfiguren baut sie ihre Stadt einer zukünftigen Gesellschaft in der Vernunft, Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit, die personifiziert in der Frauen herrschen:

„Wie glücklich werden die Bewohnerinnen unserer Stadt sein: Sie müssen nicht ständig fürchten von fremden Eindringlingen verjagt zu werden, weil es eine Eigentümlichkeit dieser Stadt



CSD 2007 in Stuttgart

Dieses Jahr war das Stuttgarter Motto: „TEIL DES GANZEN“. Wir beteiligten uns mit einer Lokomotive und zwei Waggons - natürlich auch als ein Stück Symbolhaftigkeit zu Stuttgarts Reizthema „Stuttgart 21“! Wichtig war uns, über die Forderungen der LAG Queer hinaus, auch lokalspezifische politische Themen aufzugreifen. Bei 170.000 Zuschauern, das ist

in Stimmen mehr, als man z.B. zur Wahl eines Oberbürgermeisters in Stuttgart braucht, ist es wichtig, politische Präsenz zu zeigen. Nach 8 Jahren Abstinenz hat dies selbst die CDU begriffen. Dieses Jahr waren erstmals alle im Bundestag vertretene Parteien mit Wagen vertreten. Neben der Rainbow Fahne und der Parteifahne sowie dem offiziellen Queer-CSD-Slogan „Beweg Deinen Arsch“ sind wir auf Lok und Waggons mit folgenden Forderungen aufgetreten: DIE LINKE. - Stuttgart nach LINKS rücken! DIE LINKE. - „Als Teil des Ganzen“ – Bürgerentscheid gegen Stuttgart 21 jetzt! DIE LINKE. - Eine „QUEERE WELT“ ist möglich – für die Gleichstellung aller Lebensweisen! DIE LINKE. – „Straight“ oder „Queer“ – gemeinsam kämpfen wir! Wir konnten über 10 000 Flyer zu Stuhengebühen, Arbeitnehmerpolitik und Gleichstellungspolitik unter die Zuschauer bringen. Natürlich waren Bonbons, Queer-Fächer und Kondome so gefragt, dass wir nichts mehr mit in die Geschäftsstelle nehmen mussten. Am Ende der Parade fand die traditionelle Kundgebung auf dem Schlossplatz statt. Jan Korte, MdB, der eigens zur Parade und der Kundgebung aus Berlin angereist kam, erhielt als letzter Redner - trotz einsetzendem Regen - viel Beifall! Er prangerte besonders die Diskriminierung in Osteuropa an und sagte: „Gewalterfahrung gibt es aber auch hier. Wir müssen uns breit machen, damit es für die Intoleranz von Nazis keinen Platz mehr gibt.“ Die LINKE hat 2008 gute Chancen nach der CDU (2005), der SPD (2006) und den Grünen (2007) die Schirmherrschaft übertragen zu bekommen. Wir haben unsere offizielle Bewerbung bereits eingereicht! Dieser für uns erfolgreiche CSD weckt die berechtigte Hoffnung, dass sich 2008 noch mehr „nicht-queere“ Genossinnen und Genossen für den Kampf der politischen und gesellschaftlichen Gleichstellung von Menschen aller Lebensformen einsetzen!

C.Stähle, Sprecher LAG-Queer BaWü, Bild: Roland Hägele

ist, dass ihre Bevölkerung nicht verjagt werden kann. Dies ist der Beginn eines neuen Reiches der Frauen ... die Frauen, die wir jetzt dort ansiedeln, werden alle Zeiten überdauern“.

Sie will Mädchenbildung, Anerkennung der Person und ihrer Leistungen, unabhängig von Geschlecht, Aussehen und Körper, Veränderung und Verbesserung beider Geschlechter durch die Initiative von Frauen und deren Zusammenstehen.

Damals wie heute wollen Frauen

- ein Leben, eine eigenständige Existenz (frei von wirtschaftlichen und sexuellen Zwängen)
- eine gestaltende und Einfluss nehmende Rolle in der Gesellschaft
- Zeit für sich und andere Menschen
- Liebe ohne Unterdrückung und Abhängigkeiten.

In allen Büchern und Aufsätzen fortschrittlicher Frauen seit Beginn des 15. Jh. finden wir immer wieder die Vorstellung einer anderen Welt, in der Toleranz, Freiheit und Frieden herrschen.

Sozialistische Frauen beginnen im 19. Jh. andere Lebensmodelle zu entwickeln, über Moral und Politik zu sinnieren. Ihre Forderungen sind umfassend.

Im Mittelpunkt stehen

Gleichheit, Freiheit und Frieden

Sie formulierten: „Das Ziel, das wir alle erreichen wollen ist unsere Befreiung in dreierlei Hinsicht:

in der Moral, im geistigen und im materiellen Leben.“

Flora Tristan (1803-1844) begründet die theoretische Vereinigung von Feminismus und revolutionärem Sozialismus. Der Begriff Feminismus entsteht 1827 und begleitet uns seitdem.

Ein kurzer Blick auf Clara sei mir hier erlaubt: Clara wurde erst gefeiert, schließlich war sie die erste Frau in einem Leitungsgremium der SPD. Sie durfte Frauenfragen behandeln, aber keine allgemeine Politik. Doch Clara gab sich nicht mit Phrasen zufrieden. Sie wollte genau wissen wie es wirklich war.

Ist das nicht eine gute Eigenschaft für eine Politikerin? Ist das nicht heute wieder notwendig? Aus Überzeugung und eigenem Handeln heraus war Clara eine moderne Frau und Feministin, auch wenn das einige immer wieder bestreiten.

Clara trat ein

- für eine Scheidung durch gegenseitiges Einvernehmen (gibt es erst seit Ende der 70iger Jahre)
- Teilung der Hausarbeit und Kindererziehung (8,5 % der Elternzeitleistungen sind Männer)
- lebte die „freie Liebe“ ohne Trauschein
- war für volle Gleichheit und die gegenseitige Bereicherung der Geschlechter



Roland Hägele

- Für uns geht es auch heute immer noch um frauenpolitische Grundrechte:
- für das Recht auf Arbeit und gleiches Einkommen
- für das Recht auf gleiche Bildung und Ausbildung
- für das Recht auf soziale Sicherung und kostenlose hoch qualifizierte Betreuungseinrichtungen für unsere Kinder
- für das Recht der Frau auf Schutz vor Gewalt
- für das Recht auf Selbstbestimmung
- für die Teilung der Hausarbeit und Kindererziehung (vor allem durch weitere AZV)

DIE LINKE wird ausgehend von diesen Grundpositionen eine inhaltliche Neuformierung der Frauenpolitik erarbeiten müssen. Es fehlen dazu auf die heutigen Probleme bezogene, analytische Aussagen und praxisnahe Politikangebote. Diese müssen an den unmittelbaren Bedürfnissen und Interessen der Frauen anknüpfen und mobilisierungsfähig sein. Das bedeutet aber auch sich mit den „Mächtigen“ anzulegen.

In einem Artikel aus der Zeitung der ehemaligen Gewerkschaft DruPa Nr. 1/1986 habe ich eine abgedruckte Rede von Gisela Kessler gefunden (was frau nicht alles so aufhebt im Laufe ihres Lebens) zum Thema Quotierung.

Dort schrieb sie sinngemäß: wir müssen den Kampf führen gegen Arbeitsplatzvernichtung

- □□□wirmüssendenKampfführenum weitere AZV
- wir müssen den Kampf führen gegen die Schließung
- wir brauchen mehr Ausbildungsstellen
- wir brauchen ein Beschäftigungsprogramm
- wir brauchen mehr gesellschaftliche Einrichtungen um Familie und Beruf vereinbaren zu können

Weiter schrieb sie:

Wir müssen aber auch sagen, gegen wen wir das alles durchsetzen müssen. Gegen die Macht der Unternehmer und gegen das Kabinett. Es muss mehr als

nur ein Mangel verteilt werden, sondern der von uns geschaffene gesellschaftliche Reichtum muss endlich unverteilt werden. Wir brauchen das Recht auf Arbeit und Einkommen für alle. Dafür müssen wir kämpfen, Schritte gemeinsam mit den Menschen entwickeln.

Wie gesagt eine Rede von 1986 und heute noch aktuell wie damals.

Ich möchte noch mal Clara Z. zitieren:

„Wer die sozialen Erscheinungen verstehen will, um sie erfolgreich umzugestalten, muss wissen wie die Gegenwart aus der Vergangenheit hervorgegangen ist. Wer den Lauf unserer Zeit begreifen und aktiv an ihm teilnehmen will, muss aus ihm einen sicheren Weg in die Zukunft finden, darf sich nicht auf die enge Perspektive des heutigen Tages und auf die Interessen des „eigenen Vorteils“ beschränken. Sein/ihr Gesichtsfeld muss sowohl Vergangenheit als auch die weitesten Horizonte der Zukunft erfassen“

Ich meine, das haben wir heute mit unserer Veranstaltung ein Stück weit geschafft.

Ich bin keine Theoretikerin, aber ich weiß genau, was ich will und ich hoffe ihr könnt mir beipflichten in dem was ich formuliert habe.

Es gibt ein Lied von Gitte, bekannter zwar durch das Lied „Ich will einen Cowboy als Mann“, sie ist heute eine hervorragende Jazz-Sängerin, das Lied heißt „Ich will alles“.

Und genau das ist es: Ich will alles und ich hoffe ihr auch.

Wir sollten uns nicht mit dem mittelmäßigen begnügen, sondern erst dann wollen wir uns begnügen, wenn wir alles haben.

- Wir wollen Freiheit von wirtschaftlicher, aber auch von patriarchaler Unterdrückung.
 - Wir wollen Frieden zwischen den Völkern. Unsere Kinder und Enkelkinder sollen ohne Krieg und Hass aufwachsen.
 - Jeder Mensch muss in Würde leben können.
 - Dazu braucht jeder Mensch Arbeit und/oder ein Einkommen von dem er/sie leben kann. Davon muss Wohnung, Nahrung, Bildung, Kleidung, Kultur und Mobilität bezahlt werden können.
 - Jeder Mensch muss am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und das beschränkt sich nicht nur darauf sich das notwendigste leisten zu können, sondern auch mal ins Kino, in den Verein gehen zu können, Politik zu machen oder mit seinen Kindern einen Ausflug zu machen.
 - Keine Frau, kein Mann, kein Kind darf ins gesellschaftliche Abseits gestellt werden.
- Deshalb noch mal
DIE LINKE braucht uns Frauen!

Sie braucht die feministischen Ideen, die Provokation, das über den Tellerrand hinaus denken.

Es hat sich viel verändert, einiges ist sicherlich auch besser geworden aber es liegt auch einiges im Argen. Wir waren schon mal weiter im Denken und Handeln.

Dahin müssen wir wieder kommen:
Mit einem Quäntchen mehr Frechheit
Mit Kreativität
Mit Mut zur Veränderung
Mit Zivilcourage gegen das Mittelmaß
Mit Zorn in der Stimme und Wut im Bauch

Ohne uns ist DIE LINKE nur ein Torso. Die Linke braucht uns Frauen!

Deshalb findet vom 9. bis 11. Nov. 2007 in Esslingen oder hier im DGB-Haus ein weiterer Kongress statt. Dort wollen wir uns intensiv mit all diesen Themen auseinandersetzen unsere Positionen bestimmen und überlegen wie wir diese in die Partei und in die Gesellschaft tragen können. Dazu seid ihr alle herzlich eingeladen. Dazu könnt ihr alle selbst aktiv werden, uns unterstützen und natürlich auch Mitglied werden.

Gelassen auf toten Fuchs reagiert

WAIBLINGEN (jüv). Reinhard Neudorfer, seines Zeichens Kreisvorstandssprecher und Landesvorstandsmittglied der Partei Die Linke, ist das Opfer einer politisch motivierten Attacke geworden. Doch selbst ein toter Fuchs in Briefkasten könne ihn „nicht einschüchtern“, erklärt er nun. Am Montag um 8 Uhr hatte die Polizei bei Neudorfer in der Waiblinger Fronackerstraße geklingelt. In den Briefkasten hatten Unbekannte einen toten Fuchs gesteckt. In den Eingeweidenden des offenbar überfahrenen Tieres fanden sich Werbeblätter der NPD mit fremdenfeindlichen Parolen.

Eine Bewohnerin des Mehrfamilienhauses hatte nach dem ekelhaften Fund die Polizei benachrichtigt, die sogleich die Spu-



Reinhard Neudorfer gibt sich gelassen.

ren sicherte. Zudem hat das Dezernat Staatsschutz der Polizeidirektion Waiblingen Ermittlungen in dem Fall aufgenommen. Nicht nur die Beamten gehen von einer politisch motivierten Tat aus. Auch Neudorfer ist klar, „aus welcher Ecke das kommt“, sagte er gestern in einem Gespräch mit unserer Zeitung. Den Tätern ist offenbar Neudorfers Engagement als Mitglied des Kreis- und Landesvorstandes der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und des Bundes der Antifaschisten ein Dorn im Auge. Einen konkreten Anlass für die Attacke könne er nicht erkennen, „aber wahrscheinlich hat es mit der Unterschriftensammlung für ein NPD-Verbot zu tun“. Die Drohgebärde flöße ihm jedoch keine Angst ein: „Meine politischen Aktivitäten vertragen sich nicht mit Ängstlichkeit“, sagt Neudorfer.

Aus „Stuttgarter Zeitung“, 19.9.2007

„Kommunalpolitische Bildungsreihe“ in Ravensburg angelaufen

Die Vorwürfe des politischen Gegners gegenüber der LINKEN zur Kommunalwahl 2009 sind schon jetzt absehbar. Populistisch, undurchdacht, von (Ost-)Berlin, wenn nicht sogar von Moskau gesteuert, auf jeden Fall nicht den Bedürfnissen der Region entsprechend und schlicht nicht zu finanzieren. Um diese Vorwürfe entkräften zu können bzw. im Keim zu ersticken, haben wir in Ravensburg eine kommunalpolitische Bildungsreihe gestartet. Wir wollen euch unseren Ansatz vorstellen und erste Erfahrungen schildern. Das Konzept ist sicherlich auch für andere Kreisverbände von Interesse, insbesondere Biberach, Sigmaringen und der Bodenseekreis sind herzlich eingeladen daran teilzunehmen.

Unsere kommunalpolitische Bildungsreihe umfasst insgesamt zwölf Veranstaltungen, davon zehn themenspezifische (ab Ende Oktober) und zwei Einführungsveranstaltungen, die bereits durchgeführt wurden. Als Veranstaltungsort können wir die Räumlichkeiten des Kulturzentrums „Rhizom“ in der Ravensburger Innenstadt unentgeltlich nutzen, die technisch entsprechend ausgestattet sind (alle Veranstaltungen samstags ab 11 Uhr). Insgesamt läuft die Reihe von August 2007 bis Juli 2008, also in der ersten Hälfte der bis zur Wahl noch verbleibenden Zeit. Sie soll noch keine tatsächliche Programmdiskussion enthalten, sondern uns mit Themen und Begrifflichkeiten vertraut machen. Den TeilnehmerInnen soll der Einstieg in eine eigenständige Auseinandersetzung mit kommunalpolitischen Themen erleichtert werden. Dazu wollen wir Informationsquellen aufzeigen und nach Möglichkeit Personen einladen, die „Insider-Informationen“ weitergeben können (zum Thema „Gesundheit“ beispielsweise Angestellte des örtlichen Klinikverbundes). Wenn die Reihe mehr Fragen aufwirft als sie beantwortet, so ist das kein Fehlschlag sondern ein guter Anfang. Diskussionen sollen nach der Veranstaltung im Internet-Forum fortgesetzt werden. Ergänzt wird die Reihe durch gemeinsame Besuche bei Gemeinderatssitzungen.

Rund um die Bildungsmaßnahme haben wir unsere Öffentlichkeitsarbeit deutlich verstärkt. Die Reihe wird mit einem vierfarbigen Flugblatt beworben, das in Kneipen und Kultureinrichtungen ausliegt. Es ist äußerlich im Corporate Design der Partei gehalten und zeigt auf der Titelseite den Ravensburger Blasserturm, auf dem wir ein 5m x 3m großes, rotes Transparent mit der Aufschrift „Global denken – Kommunal handeln“ ausgehängen haben (leider wird es von



vielen Personen für eine Fotomontage gehalten). Das freche Äußere des Flugblatts – wann thronten über Ravensburg schon rote Fahnen oder Transparente? – fügt sich in das bisherige Vorgehen unseres Kreisverbandes ein, offensiv mit Symboliken und Geschichte der Arbeiterbewegung umzugehen und diese auch in Verbindung mit lokalen Bildern zu setzen. Das Transparent weist Interessenten und Bürgern auch während der Veranstaltungen, also zur Haupteinkaufszeit in der Innenstadt, gut sichtbar den Weg zum „Rhizom“. Zusätzlich zu unserem bisherigen Internetauftritt haben wir unter www.ravensburg2009.de eine zweite, speziell für den Kommunalwahlkampf konzipierte Webseite eingerichtet (jetzt vergleichbare Domains zu sichern, kann kein Fehler sein!). Hier stellen wir eine Vielzahl von Arbeitsmaterialien und Links zur Verfügung. 1500 pdf-Dokumente des Ravensburger Gemeinderats (Oktober 2005–Juli 2007) haben wir auf einer CD zusammengefasst, so dass den Teilnehmern eigenständige Recherchen deutlich erleichtert werden. Auch unsere Lokalzeitung „Neues Ravensburg“, die in Zukunft alle zwei Monate in einer Auflage von 5000 Exemplaren erscheint, soll in die Bildungsreihe eingebunden werden. So bemühen wir uns, Themen so zu kombinieren, dass sie an Veranstaltungsinhalte der Reihe angelehnt sind. In der Novemberausgabe wollen wir uns beispielsweise mit Rente und Altenpflege auseinandersetzen. Die Lokalpresse hat unsere Bemühungen bisher positiv aufgenommen, auch wenn es noch ei-

nige kleinere Pannen gab. Wir hoffen, dass die kombinierte Wirkung dieser Elemente – ständige Präsenz durch Webseite und Flugblatt, Neues Ravensburg, Ankündigungen in der Schwäbischen Zeitung und „physische Präsenz“ durch das Großflächentransparent und Infostände – das Gefühl der Unvertrautheit und Fremdartigkeit gegenüber der Partei in der Bevölkerung reduziert, bevor es in den „heißen“ Wahlkampf geht.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Reihe sind ambivalent. Nach außen ist sie offensichtlich erfolgreich. Die Lokalredakteure der örtlichen Monopressen lechzen förmlich nach politischer Aktivität und nehmen unsere Eingaben dankend auf. Nach innen gab es jedoch Startschwierigkeiten. So saßen wir am 18. August bei der ersten Veranstaltung „Einführung I – Was ist die Kommune?“ mit fünf Personen im Rhizom. Nach einer verstärkten Werbung nach innen – manche würden es einen „Brandbrief“ nennen – war die Veranstaltung „Einführung II – Linke Kommunalpolitik“ (mit Bernhard Strasdeit als Referent) am 15. September ordentlich besucht.

Was Du nicht willst , dass man Dir tu' ...

Mittwochspalte von Gerlinde Strasdeit, Stadträtin der Tübinger Linken in der Ausgabe des „Schwäbischen Tagblatts“ am 29.8.

Stadtseniorenrat, Begegnungsstätte Hirsch und Altenberatungsstelle regten im Sozialausschuss einen Fachtag zum Thema Seniorenarbeit an. Gute Idee! Auch Tübinger Pflegeeinrichtungen sollten auf den Prüfstand. Wer glaubt einer Heimbewohnerin, dass sie eine halbe Stunde auf die Pfanne gewartet hat oder Windeln angelegt werden, weil das Personal für Toilettengänge fehlt. Zuwenig Personal ist der Grund für viele Missstände. Darunter leiden strukturell alle Pflegeheime. Warum gilt in der Altenpflege nicht die goldene Regel: was Du nicht willst, dass man Dir tu', das füg auch keinem andern zu? Von CDU und SPD sind in der Pflegeversicherung wenig Verbesserungen zu erwarten. Die Bundesregierung finanziert lieber eine Werbekampagne für das Renteneintrittsalter mit 67. Meine Gewerkschaft Verdi hat den Abdruck solcher Anzeigen in ihren Publikationen abgelehnt.

Solange die SPD diesen Kurs fährt, wird sie sich von ihrem Tief nicht erholen. Kollege Martin Rosemann schrieb am letzten Mittwoch Unsinn. Der SPD-Fraktionschef glorifizierte einmal mehr den Technologie-Park. Auf dem Höhepunkt der Neuen-Markt-Blase einen Technologiepark zu bauen war ebenso genial blöd wie heute, bei der platzenden Kredit-Blase, öffentliche Gelder in US-Subprime-Krediten anlegen zu wollen.

Vom Tricksen versteht die SPD mehr als vom kommunalen Wirtschaften: Mit-

Allerdings sind geringe Teilnehmerzahlen auch nicht sonderlich problematisch, da für diejenigen, deren Interesse erst später geweckt wird, quasi alle Informationen über www.ravensburg2009.de abrufbar sind. Ziel ist es, zukünftig die Zusammenarbeit mit Rosa-Luxemburg-Forum und dem Kommunalpolitischen Forum, die ähnliche Projekte landesweit anstoßen wollen, zu intensivieren. Unser bisheriges Fazit: Auf jeden Fall lohnend – Voraussetzung ist die Einbindung von Parteibasis, Presse und Öffentlichkeit, was gut geplant sein will.

(für den Kreisvorstand: Mirco Kolarczik, Christoph Ozasek)

Nächste Veranstaltungen:

12. Oktober: „Einführung I – Was ist die Kommune?“ (Wiederholung, ausnahmsweise freitags, 18 Uhr)

27. Oktober: „Gesundheit, Altenpflege, Drogen“

17. November: „Migration, Integration, Sozialarbeit“

15. Dezember: „Familienförderung, Kinderbetreuung“

ten in den Ferien wollte das SPD-Trio, Bürgermeister Lucke, Schulamtsleiterin Schwarz-Österreicher, assistiert von Rosemann, den Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat die Zustimmung abhaken, das Gesundheitsamt der „Freien Aktiven Schule“ zuzuschustern. Mit diesem Gebäude würde die Privatschule doppelt soviel Platz bekommen, wie sie benötigt. Den staatlichen Schulen dagegen fehlen Räume an jeder Ecke. Der Versuch scheiterte, in einer Nacht-und-Nebel-Aktion, Fakten zu schaffen, vorbei an Gemeinderat und Oberbürgermeister. Die Stadt sollte für 1,4 Millionen das Gesundheitsamt vom Land kaufen und noch reinstecken, um die „Freie Aktive Schule“ in der Region zu versorgen. Die Stadt müsste pro Jahr ca. 70 000 Euro draufzahlen.

Manche Eltern leisten sich eine Privatschule, damit ihren Kindern der Kontakt zu „bildungsfernen Schichten“ erspart wird. Andere sind auf spezielle Angebote von Privaten angewiesen. Von mir aus dürfen Waldorfschulen den Kindern beibringen, dass sie zur atlantischen Wurzelrasse gehören und nicht zur lemurischen. Und Maria Montessori (laut Wikipedia Mussolini-Verehrerin) darf die Pädagogik für „Freie Aktive Schulen“ liefern. Aber es ist falsche Politik, öffentliche Schulen verkommen lassen und sich für Private zu verausgaben. Das ist weder sozialdemokratisch, noch liberal oder christlich. Die Linke will ein

integriertes Schulwesen, das allen Kindern den gleichberechtigten Zugang zu Bildung ab dem Kindergarten ermöglicht. Der Tübinger Arbeitslosentreff TAT und die Kreisarmutskonferenz forderten kostenloses Schulessen und Zuschüsse zur Einschulung, um Kinderarmut zu stoppen. Wo blieb da die schnelle Reaktion? Wenigstens die Caritas bietet für Hartz-IV-Familien einen Gutschein zur Einschulung an.

SPD im falschen Zug...

Kreisecke von Anton Brenner, Kreisrat der Tübinger Linken

Für die SPD ist es fünf Minuten nach Zwölf. Sie hat sich auch im Tübinger Kreistag entschieden. Sie setzt soziale Grausamkeiten wie das Abkassieren der Hauptschüler für die Schülerbeförderung durch. Dabei hätte sie es zusammen mit den Linken und den freien Wählern verhindern können. Zuvor hatte SPD-Kreisrat Gerd Weimer noch versprochen, die SPD werde nicht wackeln. Doch der Netzwerker Hahn aus Rottenburg erreichte eine Mehrheit in der Fraktionsitzung, der sich die SPD-Linken treudoof beugten. Als Alibiveranstaltung hackt die SPD dann auf dem Sozialbericht des Landratsamts herum und fordert mehr externe Berater. Diesen Beratermist haben wir doch schon unter der SPD-Netzwerkerin Russ-Scherer acht lange Jahre erdulden müssen. Und dann fordert die SPD noch so einen Kokolores wie einen Kreis-Reichtumsbericht nach dem Motto: Gläserner Bürger statt gläsernes Landratsamt.

Der Politikwissenschaftler Nachtwey schrieb am Sonntag in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung: „Wo bei der SPD Gerechtigkeit und Sozialstaat draufsteht, sind längst andere Vorstellungen von Gerechtigkeit und Sozialstaat drin. Der vorsorgende Sozialstaat funktioniert für diejenigen, die ihn eigentlich nicht brauchen: Die gut ausgebildeten, leistungsstarken und gesunden Modernisierungsgewinner profitieren und sind ‚freier‘ in ihren Entscheidungen, welche private Vorsorge sie treffen wollen. Für die Gruppen, die wirklich auf einen Sozialstaat angewiesen sind, bietet er weniger soziale Gerechtigkeit und mehr Zwang.“

Die SPD sitzt im falschen Zug. „34 Prozent der Menschen bezeichnen sich 2007 als links, 1981 waren es nur 17 Prozent.“ Auch die jüngste Allensbach-Umfrage hat die SPD-Netzwerker nicht aufgeweckt. In der Frage Gerechtigkeit führt die Linke mit 36 Punkten gegen 10 Punkte bei der SPD. Beim „Abbau der Unterschiede zwischen arm und reich“ führt die Linke mit 44 zu 9 Prozent vor der SPD. Es klingt da wie Hohn, dass

SPD stimmt gegen Mindestlohn

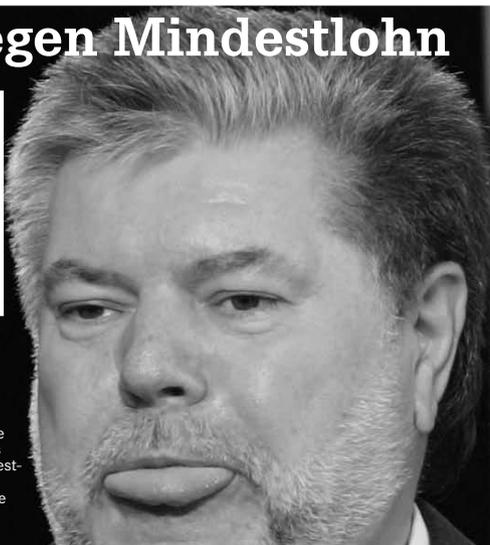
Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag „Deutschland braucht Mindestlöhne“ am 14. Juni 2007

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
CDU/CSU	0	200	0
SPD	4	193	1
FDP	0	38	0
DIE LINKE.	49	0	0
B 90 / Grüne	46	0	0

SPD blockiert und heuchelt

In der Öffentlichkeit sammelt die SPD seit einiger Zeit Unterschriften für den gesetzlichen Mindestlohn, als Regierungspartei aber verhindert sie ihn weiter.

DIE LINKE. hat einen Antrag eingebracht, in dem sie die Forderungen der SPD-Unterschriftenaktion eins zu eins übernommen hat. Die Forderung nach tariflichen Mindestlöhnen und - wo diese zu niedrig sind - nach einem gesetzlichen Mindestlohn in der Höhe der Mindestlöhne vergleichbarer europäischer Länder ist zentraler Bestandteil des Antrags.



die Netzwerker Steinmeier, Steinbrück und Platzek noch jammern, die SPD solle „nicht allein als Partei der sozialen Gerechtigkeit“ wahrgenommen werden. Uns, der Linken, kann es nur recht sein, wenn die Tübinger Steinmeiers Hahn und Rosemann weiter den SPD-Kurs bestimmen.

Doch im Interesse der Menschen im Kreis müssen wir die SPD mit den Worten von Nachtwey extern beraten. „Die SPD war in ihrer Geschichte immer eine Partei derer ... die von unten kamen

und nach oben wollten. Aber sie war gleichzeitig eine Partei der Schwachen, die den Absprung nicht schafften ... Sie war die Schutzmacht der kleinen Leute. Genau von diesem Teil der sozialdemokratischen Identität nimmt man in der SPD gerade Abschied. Nur wenn sie begreift, dass sie für die Bürgerinnen und Bürger viel zu wenig die Partei der Gerechtigkeit und viel zu sehr die Partei der Wirtschaft ist, wird die SPD wieder aus dem 25-Prozent-Tal herausfinden.“

Freiburg: Fraktion Unabhängige Listen zur Diskussion um Bürgerhaushalte

Mehr direkte Demokratie mit dem BürgerInnenhaushalt

Die Einführung eines BürgerInnen-Beteiligungshaushalts liegt unseren GemeinderätInnen seit vielen Jahren sehr am Herzen. Hier kann, ähnlich wie in Porto Alegre, wo dieses Modell der Partizipation entwickelt wurde, ein neues Kapitel im Buch der BürgerInnen-Beteiligung geschrieben werden. In der brasilianischen Millionenstadt Porto Alegre wird der Prozess des Beteiligungshaushalts seit 1989 mit großem Erfolg praktiziert. Nebeneffekte der Bürgerpartizipation sind u.a. ein größeres Politikinteresse und höhere Wahlbeteiligungen (in Porto Alegre hält sich das Stadtparlament strikt an die „Empfehlungen“ aus der Bevölkerung), stark gesunkene Korruption und stark verminderte Verschuldung des städtischen Haushalts.

Mit der Einführung des Beteiligungshaushalts geht ein Stück Macht vom gewählten Gemeinderat an die Bürgerinnen und Bürger selbst über, wird ein Stück direkte Demokratie praktiziert. Der Beteiligungshaushalt darf nicht zum Ziel haben, lediglich die „Akzeptanz der Bevölkerung für das Handeln des Gemeinderats zu erhöhen“, die Bürgerinnen und Bürger werden selbst zu handelnden Akteuren. Wir begrüßen diese „Machtverschiebung“ ausdrücklich.

Den Unabhängigen Listen ist vor allem wichtig, dass

- es keine Vorstlegungen „von oben“ gibt, sondern schon in die Erarbeitung des Verfahrens, der Beteiligungsformen und der Inhalte alle gesellschaftlichen Gruppen und Interessenvertretungen der Bürgerschaft einbezogen werden;
- der BürgerInnenhaushalt in breitestmöglicher Beteiligung entsteht;
- die Bürgerschaft – wie der Gemeinderat auch – offen und umfassend alle Bereiche des Haushalts diskutieren und ihr Votum abgeben kann;
- der Gemeinderat bereit ist, die bürgerschaftlichen Empfehlungen ernst zu nehmen und auch tatsächlich umzusetzen. Die Erfahrungen mit dem Bürgerentscheid des letzten Jahres zeigen, dass die Bevölkerung umso mehr ein Interesse an aktiver Partizipation hat, je mehr Verbindlichkeit durch ihre Entscheidungen entsteht.

Unsere Fraktionsgemeinschaft sieht in der Einführung eines Beteiligungshaushalts eine große Chance für mehr und direkte Demokratie und bittet Sie, liebe Freiburgerinnen und Freiburger, sich aktiv in diesen Prozess einzubringen.

Linke will in Kommunen Fuß fassen



Bernhard Strasdeit vom Landesvorstand der neuen Partei „Die Linke“ mit dem ersten Sprecherkreis des Kreisverbandes: Angelika Böhl, Klaus-Dieter Krähmer und Jürgen Geiger (v.l.).

Der „Südkurier“ berichtete über die Kreisverbandsgründung in Konstanz:

(...) Der Blick auf den einmütig gewählten ersten Kreisvorstand zeigt ein buntes Bild: Zum Vorstand gehören mit Peter Mannherz (Moos) ein Steuerberater und Finanzexperte mit DKP-Vergangenheit, der frühere PDS-Bundestagskandidat Hans-Peter Koch und Ryk Fechner vom AStA der Uni Konstanz. Besonders schmerzen dürfte vor allem die SPD, dass die Linken gleich eine ganze Reihe von Gewerkschaftern in ihren Reihen haben: So den Ortsvorsitzenden des DGB, Bernhard Hanke,

der zuletzt auch die Transfergesellschaft von Kverneland in Gottmadingen geleitet hatte. Angelika Böhl ist Verwaltungsangestellte bei Verdi und Klaus-Dieter Krähmer (Singen) steht als Schlosser an einer Maschine. Krähmer, Böhl und Geiger bilden zudem einen Sprecherrat.

Vom Landesvorstand war Bernhard Strasdeit an den Bodensee gekommen, um den neuen Kreisverband zu ermutigen: „Nutzt diese Vielfalt“, sagte er, „in der Gesellschaft besteht ein echter Bedarf für so eine Partei.“ Als wichtige Ziele nannte er einen Mindestlohn und mehr Geld für Hartz-IV-Empfänger. „Die Gewinne steigen, unten kommt nichts an“, sagte Strasdeit. Den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan bezeichnete er als „Kriegszustand“. Dieser wirke bis in die Kommunen, wenn etwa zum Gehorsam verpflichtete Ärzte oder Pfleger der Bundeswehr in kommunalen Krankenhäusern eingesetzt und ausgebildet würden. Den Kommunalpolitikern riet Strasdeit, sich zum Beispiel für Zuschüsse für Kinder von Hartz-IV-Empfängern zum Schulanfang einzusetzen. Die bislang einzige Gemeinderätin der Linken im Kreis, Vera Hemm (Konstanz), forderte die Unterstützung des Kreisverbandes für ihre Arbeit im Kommunalparlament ein. (...)

„Sozialismus – eine gute Sache, die schlecht gemacht wurde“

Sahra Wagenknecht beim Kreisverband Reutlingen

Der ehrwürdige Reutlinger Spitalhofsaal war proppevoll und viele Besucher mussten stehen, als Sahra Wagenknecht zum Titel ihres neuen Buches „Armut und Reichtum heute“ referierte. „Deutschland ist reich: Die privaten Haushalte der Bundesrepublik verfügen über 4,5 Billionen € Geldvermögen, das sind pro Einwohner knapp 55 000€. Ich glaube nicht, dass hier im Saal sehr viele sind, die das auch auf ihrem Konto haben.“ Weniger als ein Prozent der Bevölkerung besitzen nämlich fast die Hälfte – 2 Billionen Euro – und das Missverhältnis wächst ungebremst. Anhand von Statistik beschrieb sie ausführlich die Verteilung von Besitz und Reichtum und das Wachstum bei Unternehmergewinnen, Dividenden und Managergehältern: „Die Gewinne der deutschen Konzerne haben sich in den letzten drei Jahren mehr als verdoppelt.“



Sahra Wagenknecht benannte „die drei Hauptlügen des Neoliberalismus“, dies sind: 1.) Die Lüge vom Sparzwang. Sie soll suggerieren, Deutschland könne sich das erreichte Sozialniveau nicht mehr leisten, die Politik müsse kürzer treten. 2.) Die Lohndumping-Lüge, die behauptet, hohe Löhne seine Schuld an Arbeitslosigkeit und Billiglöhne ein Mittel dagegen. 3.) Die Privatisierungslüge, die das Märchen erzählt, dass staatliche Deregulierungen und Privatisierung öffentlichen Eigentums zu besseren Angeboten, niedrigeren Preisen und mehr Wohlstand führten.

Sahra beschränkte sich nicht auf Analyse: „Änderungen gibt es nur durch Druck auf die Herrschenden!“ Parlamentarische Arbeit sei unverzichtbar, doch ohne „außerparlamentarischen Druck

und Widerstand – politischen Streik, Demonstrationen, Ge- genwehr“ wird sich nichts ändern. Die gegenwärtigen Diskussionen um Mindestlohn und den Afghanistaneinsatz machen deutlich, dass die politische Arbeit aus der Opposition sehr wohl Wirkung zeigt. Sie zitierte ein Umfrage: „In Ostdeutschland sagt eine Mehrheit der Unter-30-Jährigen: ‚Ein reformierter humaner Sozialismus ist mir lieber‘“, und sprach sich deutlich für die Formulierung des Sozialismus als grundsätzlichen Gegenentwurf zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus. Sahra: „Sozialismus ist eine gute Sache, die schlecht gemacht wurde.“

Der Kreisverband hatte mit dieser ersten öffentlichen Veranstaltung einen vielbeachteten Auftritt als neue Partei. Neben Sahra Wagenknechts Zugkraft als prominente Linke war der Grund dafür auch eine gute und wirksame Öffentlichkeitsarbeit. Die regionale Presse berichtete umfangreich, der Reutlinger Generalanzeiger lud zu einem Redaktionsgespräch ein und veröffentlichte ein faires und interessantes Porträt. Dagegen stellte ein regionaler Fernsehsender der Klarner Medien das Ereignis auf den Kopf: Einen eher peinlichen Auftritt von ein paar Jungunionisten vor dem Saal („Die LINKE steht für Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl“) machten sie zum Hauptereignis des Abends. Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.

Peter Stary, KV Reutlingen

Stuttgart: Anträge der Stadträtin der LINKEN Ulrike Küstler

Antwort: Eine Ohrfeige für Arme

Schritte für die Erhöhung des Sozialhilferegelsatzes hatte Die LINKE am 4. Juli beantragt: Sie verlangte, dass die Stadt freiwillig einen höheren Sozialgeld bezahlt. Der Weg dazu wäre, dass die Stadt ein Gutachten erstellen lässt, durch das die Angemessenheit des im SGB XII festgesetzten Regelsatzes beurteilt wird. Bei der – zu erwartenden – Feststellung, dass der Regelsatz nicht reicht, in Stuttgart schon gar nicht, könnte die Stadt freiwillig einen höheren Satz bezahlen. Eine Hürde kommt noch hinzu, das Land müsste durch eine Verordnung zur Durchführung des SGB XII diesen Weg öffnen.

Diesen Weg will die Stadt nicht einschlagen. In der Antwort auf Frau Küstlers Antrag steht als letzter der bezeich-

Ganz unten überleben

Der Regelsatz für die soziale Grundversorgung errechnet* sich aus monatlichen Beträgen für...

Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	130,25€
Kleidung und Schuhe	32,70€
Wohnen ¹	26,76€
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgegenstände usw.	26,15€
Gesundheitspflege	12,25€
Post, Telefon, Internet	27,67€
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	32,89€
Bildung	0,00€
Bewirtung und Übernachtung	10,36€
Verkehr	26,07€
andere Waren und Dienstleistungen	24,65€
1) ohne Miete und Heizung	Summe 349,76€

*Berechnung Irene Becker, plausibelste Variante entsprechend den Vorgaben der derzeit (noch) gültigen Regelsatzverordnung; Datenbasis EVS 2003 (aktuellste Zahlen) Quelle: Becker 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

nende Satz: „Im Übrigen geht die Sozialverwaltung und auch das JobCenter Stuttgart davon aus, dass die derzeitige Höhe der Regelsätze dem verfassungsrechtlich garantierten Existenzminimum entspricht und ein menschenwürdiges Leben der Leistungsbezieherinnen ermöglicht.“

Mit diesem Satz macht der OB auch zu einem Lippenbekenntnis, was im Absatz davor steht, nämlich die Stadtverwaltung setze sich in den Gremien des Städtetages Baden-Württemberg und des Deutschen Städtetages für eine bedarfsdeckende Höhe des Regelsatzes ein. Denn wenn 347 Euro genug wären, müsste die Stadt sich ja nicht für mehr stark machen. Dass zum 1. Juli 2007 der Regelsatz um 2 Euro monatlich erhöht wurde, wirkt da als böse Verhöhnung.

Schulsachen für arme Kinder

Der Antrag vom 26. April wurde am 24. August beantwortet. Auch hier macht die Stadt die Augen zu vor der bitteren Realität. Sie behauptet, eine Umfrage unter Schulleitern habe ergeben, dass der Bedarf für Lernmittel an Grund- und Hauptschulen ca. 20 bis 30 Euro, an Realschulen ca. 40 bis 50 Euro und an Gymnasien ca. 50 Euro pro Jahr(!) betrage. „Die Ansprüche an gesetzliche Leistungen für den Schulbesuch der Bezieher von SGB-II und SGB-XII-Leistungen sind mit dem Regelsatz abgedeckt, d.h. weitergehende Leistungen, z.B. für Schulsachen, sind für Bezieher von Arbeitslosengeld-II-Leistungen ausgeschlossen. Dieser Grundsatz gilt auch für Bezieher von Leistungen der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII).“

Alle Vorschläge von Ulrike Küstler, der Not abzuwenden, verwirft die Stadtverwaltung. Es ginge auch anders, nur zwei Beispiele: In Berlin werden von den JobCentern Darlehen zur Einschul-

lung gewährt, die dann – wenn's bzw. weil's unzumutbar ist – nicht zurückgezahlt werden müssen. Oldenburg hat einen Hilfsfonds eingerichtet. Stuttgart hält die Vergabe von Darlehen nicht für möglich und lehnt die Einrichtung eines Fonds ab: „Da in den Regelsätzen sowohl für ALG-II- als auch für SGB-XII-Bezieher pauschalierte Beträge für den Kauf von Schulsachen eingerechnet sind, wird die Schaffung eines Fonds bzw. einer Stiftung derzeit nicht für notwendig erachtet.“ Dabei sind derzeit die Zeitungen voll von Berichten, dass arme Familien die Schulsachen nicht kaufen können, ihre Kinder unzureichend ernährt und gekleidet sind und von vielen Aktivitäten beim Spiel, beim Sport, in der Kultur ausgeschlossen sind. Armes reiches Stuttgart!

Ausbildung bei der Stadtverwaltung

Die Stadt Stuttgart gehört zu den größten Arbeitgebern am Ort. Ihr Verhalten hat Einfluss auf die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen. Die LINKE stellte am 21.6. eine Anfrage zur Ausbildung bei der Stadt. Bis heute gibt es nur eine Zwischennachricht, die behauptet, die zuständigen Stellen hätten die erfragten Daten nicht bereit. Stadträtin Ulrike Küstler hatte gefragt, wie viele Ausbildungsplätze in welchen Berufen es bei der Stadt, im Klinikum und den anderen städtischen Betrieben gibt und wie die Ausbildungsquote in den einzelnen Bereichen ist, wie hoch der Anteil der Azubis mit Migrationshintergrund jeweils ist und die Verteilung männlich/weiblich und der Anteil der Hauptschulabgänger. Auch wollte sie die Berechnungsgrundlage für die Angabe der Ausbildungsquote wissen. Darüber hinaus fragte Frau Küstler nach der Zahl der Schulabgänger/-innen, die noch in den Such- und Warteschleifen hängen.

Statt zu antworten, machte die Stadtverwaltung kurz vor den Ferien noch eine Mitteilungsvorlage, die die Zahlen enthält, die sie veröffentlichen will. Bürgermeister Murawski behauptete im Verwaltungsausschuss auch, die Stadt erfülle die Ausbildungsquote. Das ist eine Beschönigung, denn zum einen stimmt diese Aussage nur, wenn man die Ausbildungsplätze beim Klinikum mitrechnet. Die Verwaltung selbst erfüllt die Quote sicher nicht. Zum anderen werden beim Klinikum Ausbildungsplätze mitgerechnet, die nicht zu den anerkannten Ausbildungsberufen entsprechend dem Berufsbildungsgesetz zählen. Außerdem ist das Klinikum für bestimmte Berufe die Ausbildungsstelle des Landes und bildet daher weit über den eigenen Bedarf hinaus aus. Der Personalrat wies darauf hin, dass mit den bisherigen Zahlen bereits 2010 der Eigenbedarf der Stadtverwaltung nicht mehr gedeckt werden kann. Er forderte

die unbefristete Übernahme aller Ausgebildeten auf Vollzeitstellen. Die gängige Praxis ist derzeit, dass viele nur befristet auf Teilzeitstellen übernommen werden.

Die LINKE – offene Liste – offene Arbeit:

Auf der Internetseite www.stuttgart.de/dielinke im Punkt Anträge, Anfragen stehen alle Anträge und Antworten und die Antworten dazu. Beim Antrag zur Sozialhilfe gibt es in der Begründung eine Tabelle, die aufzeigt, dass der Bundesgesetzgeber zu dem Trick greift, bestimmte Leistungen einfach nicht mehr im Regelsatz aufzunehmen, um an der Behauptung, der Regelsatz sei ausreichend, festzuhalten.

Weinheim geht voran

von Carsten Labudda

Am 12. Juli 2007 gründete sich in Weinheim der erste Ortsverein der neuen Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg. Mit inzwischen 26 Mitgliedern steht der Ortsverein des beschaulichen 42.000-Einwohner-Städtchens schon ganz ordentlich da, auch wenn unter der Führung von Jürgen Gulden, Anja Knuth, Knut Schaffert und Carsten Labudda natürlich noch viel zu tun bleibt.

Durch die gemeinsamen Vorarbeiten von WASG und Linkspartei konnte sich die neue LINKE schon zwei Tage nach der Gründung mit einem Straßenfest den Bürgerinnen und Bürgern präsentieren. Trotz brütender Hitze wurde das Straßenfest ein Erfolg. Eine Vielzahl von Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern wurde geführt, und immerhin fünf von ihnen entschlossen sich, der LINKEN beizutreten. Zudem waren auch Genossinnen und Genossen aus dem Weinheimer Umland zu Gast, die durch das tolle Fest animiert wurden, selbst Feste auszurichten. Die Kreisverbände Mannheim, Bergstraße (Hessen) und Heidelberg haben das inzwischen getan. Die Weinheimer Genossinnen und Genossen sind stolz auf diese Initialzündung.

Das war aber nicht genug der Feierlichkeiten während der so genannten „politische Sommerpause“. In Weinheim waren auch Gäste des Kreisverbandes Potsdam, unter ihnen der Kreisvorsitzende Pete Heuer. Die Gäste aus Ostdeutschland konnten sich so ein Bild von der Weinheimer LINKEN machen, mit denen seit längerem ein Partnerschaftsabkommen besteht. Vier Wochen nach dem Weinheimer Straßenfest erfolgte der Gegenbesuch beim Sommerfest der Potsdamer LINKEN. Dort präsentierte die Weinheimer Delegation sich so gut, dass unter anderem ein Reiseveranstalter die Stadt in sein Reiseprogramm

aufnahm, was auch in der Lokalpresse positives Echo fand.

Doch natürlich besteht linke Politik nicht nur aus Feiern. Auch auf anderen Gebieten ist viel Fleiß nötig, um die LINKE zu verankern. In unserer Partei nennt man das „die Mühen der Ebene“. So haben die Genossen in der Zweiburgen-Stadt in diesem Jahr bereits über 80.000 Zeitungen und Faltblätter mit den politischen Positionen der LINKEN an die Haushalte der Stadt verteilt. Monatlich wird ein offener Stammtisch angeboten und 14-täglich eine Telefonsprechstunde. Ein vielseitiges Veranstaltungsprogramm bietet regelmäßig den Mitgliedern und den Bürgern die Möglichkeit, sich bei Experten zu informieren und mit ihnen zu diskutieren. Aktuell sind dies zur Zeit Veranstaltungen zu den Themen Bahnprivatisierung, Überwachungsstaat und die Ausbeutung Afrikas durch die G8-Staaten.

Ein besonderes Highlight wird in diesem Herbst gestartet mit einer Reihe zum Thema „Was ist und was kann linke Kommunalpolitik“. Den Anfang macht als Referentin die Stuttgarter Stadträtin Ulrike Küstler. Bis zu den Kommunalwahlen im Frühjahr 2009 werden nun regelmäßig kommunalpolitische Experten nach Weinheim kommen, um zum Einen die Kompetenz der Weinheimer Genossinnen und Genossen zu mehr und zum Anderen immer wieder spezielle kommunalpolitische Akzente in der Stadt zu setzen. zum Erhalt der Arbeitsplätze beim größten Weinheimer Arbeitgeber, zur Sicherung der Schulsozialarbeit an Weinheimer Schulen, zur Rettung des Naturdenkmals Wachenberg vor Raubbau, mit der Forderung nach einem Tariftreugesetz oder auch mit der Initiative für ein Sozialticket im Rhein-Neckar-Verbund. •



Sommerfest der LINKEN in Weinheim: Die Bierbänke waren gut besetzt.

Begründung für eine Trennung von Amt und Mandat im Landesverband Baden-Württemberg

Es ist leider eine Tatsache, dass die Parteien in einer Vertrauenskrise stecken. Sie haben bei der Bevölkerung das Vertrauen verspielt, weil sie ihre Wahlversprechen nicht einhalten und an den Wünschen der Bevölkerung und ihrer Mitglieder vorbeiregieren. Auch die Mitglieder haben kaum noch Einfluss auf die Zielsetzungen der Parteiführungen.

Für diesen Missstand gibt es mehrere Gründe. Ein Grund ist die Machtkonzentration in der Hand weniger Personen und ihres Mitarbeiterstabes.

Das generelle Misstrauen gegen alle Parteien trifft auch DIE LINKE. Wir werden nur dann erfolgreich sein, wenn wir mit unserer Parteistruktur ein deutliches Signal geben, dass es bei uns nicht zu der Machtfülle eines Führungszirkels kommen wird. Es muss deutlich werden, dass wir anders sind.

Ein Schritt dazu, ist die Trennung von Amt und Mandat.

In der Linkspartei.PDS war die Trennung von Amt und Mandat, so wie bei den anderen, seit Jahrzehnten bestehenden Parteien, kein Thema. Im Gegenteil, es war selbstverständlich, dass Abgeordnete und ihre MitarbeiterInnen Delegierte der Parteitage waren und die Führungsaufgaben in den Parteigremien übernahmen.

Aus diesem Grund war eine strikte Trennung von Amt und Mandat auf Bundesebene und in den Neuen Bundesländern unmöglich, dies wäre einer „Enthauptung“ der Partei gleichgekommen. Der auf Bundesebene erzielte Kompromiss war deshalb schon sehr weitgehend.

In den Alten Bundesländern haben wir jedoch eine völlig andere Situation. Diese gilt es zu nutzen. Hier haben wir die Möglichkeit, eine vorbildliche innerparteiliche Demokratie vorzuleben. Unsere Forderungen nach mehr Demokratie in der Wirtschaft sind nur dann glaubwürdig, wenn wir das auch in unserer Partei praktizieren.

Die Glaubwürdigkeit zu erlangen und zu bewahren, ist das wichtigste Erfolgskriterium. Mit der konsequenten Vermeidung einer Machtkonzentration tun wir einen wichtigen Schritt.

Wir bitten daher, in diesem Punkt dem vorgelegten Satzungsentwurf zuzustimmen.

Rechtliche Argumentation:

Für die Besetzung des Parteivorstandes und der Landesvorstände gibt

es in der Bundessatzung einen Kompromiss, der aus den oben genannten Gründen angemessen ist und eine maximale Obergrenze für die Besetzung durch Abgeordnete festschreibt. Dies besagt aber nicht, dass diese Obergrenze nicht auch unterschritten und individuell auf Länderebene eine striktere Trennung von Amt und Mandat statuarisch festgelegt werden kann.

Für die Wahl der Delegierten gibt es in der Bundessatzung keine Vorschriften. Daraus kann nicht abgeleitet werden, dass es in der Landessatzung keine Vorschriften geben darf.

Auch das Argument, dass mit dieser Satzung Mitgliederrechte beschnitten würden, ist nicht richtig.

Alle Mitglieder haben die gleichen Rechte; dennoch können nicht alle Mitglieder z.B. Delegierte beim Landesparteitag sein, sondern nur etwa 9 %. Auch Abgeordnete und Angestellte der Partei und der Abgeordneten können Delegierte beim Landesparteitag sein, aber eben auch nicht alle, sondern nur eine pro Kreisverband. Damit haben sie sogar eine höhere Quote als der Durchschnitt aller Mitglieder.

Wir sind daher der Meinung, dass der vorliegende Satzungsentwurf keinen Verstoß gegen die Bundessatzung und keine außergewöhnliche Einschränkung von Mitgliederrechten darstellt.

Wir bitten daher um Zustimmung zum vorgeschlagenen § 35 des Satzungsentwurfs.

Hasso Ehinger und Franz Groll

„Trennung von Amt und Mandat“ auf dem Prüfstand

In den Vorberatungen über die Landessatzung waren wir uns einig: wir brauchen eine starke Mitgliederpartei, die auf allen Ebenen selbstbestimmt politisch agiert und nicht dominiert wird von Parlamentsfraktionen. Nicht einzig waren wir uns darüber, ob die Einbeziehung von Abgeordneten und ihrer Mitarbeiterinnen in die Arbeit der Vorstände diesem Ziel nützt oder schadet. Ich meine, wir sollten aus den Erfahrungen der Grünen lernen. Joseph Fischer war dort jahrelang der mächtigste Mann, aber nie als Vorstand direkt den Parteigremien rechenschaftspflichtig. Das kann nicht gut sein. Wir brauchen eine kooperative Einbeziehung der Abgeordneten in die Parteiarbeit. In unserer Bundessatzung gibt es nach langer Debatte über die Trennung von Amt und Mandat in § 32 (4) eine Regelung: „Die Mitglieder des Parteivorstandes und jedes Landesvorstandes dürfen mehrheitlich keine Mandatsträgerinnen der Europa-, der Bundes-, bzw. der Landesebene sein.“

Weitere Einschränkungen der in § 4 festgelegten Mitgliederrechte, zum Beispiel bei Delegiertenwahlen oder Wahlen zu den Kreisvorständen, sieht die Bundessatzung nicht vor.

Halina Wawzyniak, Mitglied im Parteivorstand und Justitiarin der Bundestagsfraktion, schrieb uns:

„Die Formulierung (in der Bundessatzung) ist eindeutig, denn sie trifft eine Regelung für die Mitglieder des Parteivorstandes und jedes Landesvorstandes. Würden Landesverbände von der Regelung des § 32 Abs. 4 Bundessatzung abweichen, würde das Wort „jedes“ jegliche Bedeutung verlieren und darüber hinaus die Mitgliederrechte innerhalb einer Bundespartei verschieden sein. Dies sieht weder das Parteiengesetz, noch die Bundessatzung vor. Im Gegenteil, der § 6 Abs. 1 S. 2 Parteiengesetz legt ausdrücklich fest, dass den Gebietsverbänden eine Satzungshoheit nur zusteht, soweit die Bundessatzung keine Regelung trifft.“

§ 6 Abs. 1 S. 2 Parteiengesetz lautet:

„Die Gebietsverbände regeln ihre Angelegenheiten durch eigene Satzungen, soweit die Satzung des jeweils nächsthöheren Gebietsverbandes hierüber keine Vorschriften enthält.“

In § 35 (4-6) des Landes-Satzungsentwurfes sind nun weitere Einschränkungen des passiven Wahlrechtes für Abgeordnete und die Berufsgruppe der Abgeordnetenmitarbeiter vorgesehen, so bei Delegiertenwahlen. Ich halte dies ebenso für unzulässig, weil im Widerspruch zur Bundessatzung. Eine Landessatzung, die andere (strengere oder nicht strengere) Beschränkungen bei Mitgliederrechten vornimmt, bestimmten Mitgliedern oder Angehörigen bestimmter Berufsgruppen Mitgliederrechte ganz oder teilweise entzieht, die in der Bundessatzung gewährt sind, kann keinen Bestand haben. Die Mitgliederrechte sind in der Bundessatzung einheitlich geregelt und stehen nicht zur Disposition. Bei Delegiertenwahlen zum Landesparteitag soll (nach § 35,4 des Entwurfes) aber zukünftig gelten, dass aus jedem Kreisverband höchstens ein/e Abgeordnete/r oder Abgeordnetenmitarbeiter/in gewählt werden darf. Zwischen einem KV mit 22 Delegierten und einem mit nur vier Delegierten wird dabei nicht unterschieden. Eine solche Regelung ist willkürlich, schafft unterschiedliches Recht in der Mitgliedschaft und schränkt das freie Wahlrecht der Mitglieder unzulässig ein.

Deshalb habe wir den Antrag gestellt, § 35 (4-6) des Entwurfs zu streichen und zu ersetzen durch § 32 (4) der Bundessatzung.

*Bernhard Strasdeit,
Christoph Cornides*

Anmerkung: Der Satzungsentwurf befindet sich im gesonderten Antragsheft.



Die Fahnen Cubas, Boliviens, Venezuelas, der Linksfraktion im Europaparlament und Fahnen der LINKEN wehten vor dem Stuttgarter Rathaus.

Auf Einladung der Linksfraktion im Europäischen Parlament (GUE/NGL) und der Bundestagsfraktion DIE LINKE fand am Wochenende 21. und 22. September eine Konferenz statt, die an den Internationalen Sozialistenkongress 1907 in Stuttgart erinnerte. In Anlehnung an die Themen von 1907 diskutierten Linke aus der Region und internationale Gäste über Antimilitarismus heute, über soziale Emanzipation, über Kooperation linker Parteien mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, über Frauenrechte und über weltweite Arbeits- und Armutsmigration. An den Foren nahmen Gäste teil aus Bolivien, Cuba, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Österreich, Spanien, Schweden, Schweiz, Südafrika.

Auf der Kundgebung sprachen Francis Wurtz, Fraktionsvorsitzender der linken Fraktion (GUE/NGL) im Europaparlament, Gregor Gysi und Oskar Lafontaine.

1907 reklamierte der japanische Delegierte Kato in Stuttgart für die japanischen Arbeitsimmigranten in den USA die Mitgliedschaft in den amerikanischen Gewerkschaften und Minimallohne für alle Wanderarbeiter auf der Welt. Karin Binder (MdB) arbeitete das Thema Migration für den Kongress der Bundestagsfraktion in Stuttgart neu auf. Hier einige kurze Auszüge, der vollständige Text ist zu finden auf www.karin-binder.de.

1907 und 2007: Migration und Arbeit

(...) Wanderungsbewegungen sind so alt wie die Menschheit. Klimaveränderungen oder Kriege entziehen seit jeher den Menschen die Lebensgrundlagen und zwingen sie weiter zu ziehen. Auch heute verändern Kriege und Umweltkatastrophen die sozioökonomische Situation der Menschen. Ein- und Auswanderung – Migration ist ein weltweites Phänomen, das immer dann zunimmt, wenn ökonomische und politische Spannungen zunehmen. In den letzten zwei Jahrhunderten jedoch bekam es für die Betroffenen eine neue Ausprägung.

Die um sich greifende Industrialisierung veränderte die ehemaligen Agrar-Gesellschaften in Deutschland und den anderen Ländern, die heute als die westlichen Industrienationen bezeichnet werden. Weltweit suchten damals wie auch heute wieder Fabrikbesitzer und Unter-

„Das war kein allgemeiner Weltverbessererkongress“

Schon 1907 hätte die Frage von Krieg und Frieden unter Sozialisten geklärt werden müssen. Konferenz in Stuttgart. Ein Gespräch der „jungen Welt“ mit Wolfgang Gehrcke

Heute beginnt in Stuttgart eine Konferenz der Linksfraktion im Europäischen Parlament in Anlehnung an den Sozialistenkongress vor 100 Jahren. Eine Traditionsveranstaltung?

Wenn man Jahrestag ernst nimmt – wie hier den Jahrestag des Sozialistenkongresses von 1907 – dann sollte man nicht nur Denkmalpflege betreiben, sondern vor dem historischen Hintergrund abklopfen, was davon für die heutige politische Auseinandersetzung sinnvoll und notwendig ist.

Auf der Referatsliste stehen auf den ersten Blick sowohl aktuelle als auch historische Themen wie das Frauenstimmrecht – was ja zumindest in Europa ein historisches Thema ist.

Wir haben uns bewußt an der historischen Tagesordnung des Sozialistenkongresses vor 100 Jahren orientiert – und die ist nach wie vor aktuell. Die Frage von Krieg und Frieden, die Aus-

einandersetzung mit dem Militarismus und die Frage der Kolonialpolitik sind heute aktueller denn je. Nicht zu vergessen die Frage der Migration. Und wenn man unter Frauenrechten nicht nur das Stimmrecht versteht, sondern auch die Rolle der Frau in der Gesellschaft beleuchtet, dann ist es sehr wohl noch aktuell, gegen Diskriminierung anzukämpfen. Wir fanden es sowohl historisch reizvoll als auch politisch sinnvoll, uns diese Tagesordnung heute wieder vorzunehmen. Auch und gerade mit Delegierten aus Ländern, die damals schon beteiligt waren.

Wie wurden damals und heute die Gästelisten zusammengestellt?

Die Teilnehmerliste von damals war ein „Who is Who“ der sozialistischen und kommunistischen Bewegung. Bebel und Luxemburg, van der Felde, Lenin, Bernstein und Vertreter der großen sozialdemokratischen Parteien waren anwesend. Heute haben wir allerdings einen etwas größeren Akzent auf Lateinamerika gesetzt, das damals nicht so stark vertreten war. Eingeladen sind Vertreter aus Kuba, Venezuela und Bo-

livien, um insbesondere die Debatte um den Sozialismus im 21. Jahrhundert voranzubringen. Das historische Vorbild war ja ein Kongress von Sozialistinnen und Sozialisten – und kein allgemeiner Weltverbessererkongress.

Sie werden heute zum Thema Militarismus und internationale Konflikte referieren. Welche außenpolitischen Impulse wollen Sie Ihrer eigenen Partei geben?

Auch der eigenen Partei muss man meiner Meinung nach schon gewisse Dinge in Erinnerung rufen. Auf dem sozialistischen Weltkongress von 1907 hat es im Plenum keine Debatte über Krieg, Frieden und Militarismus gegeben – mit der Begründung, man sei sich in dieser Frage so einig, dass sich eine Plenardebatte erübrigt. Den Protokollen der zuständigen Kommission ist aber deutlich zu entnehmen, dass man sich schon damals nicht so einig war. Sieben Jahre später brach die sozialdemokratische Internationale genau an dieser Frage auseinander; und eine ganze Reihe von Parteien wurden Vaterlandsverteidigerparteien. Die Linke



Ulrich Maurer und Francis Wurtz, Fraktionsvorsitzender der Linken im Europaparlament

nehmer nach immer mehr und immer günstigeren Arbeitskräften.

Die Menschen in den sog. Industrienationen leben heute in relativem Wohlstand, während der Rest der Welt – verarmt – noch heute unter den Folgen einer zerstörerischen, ausbeuterischen Kolonialpolitik leidet.

Kontinuität besteht darin, dass der Kapitalismus damals wie heute soziale und ökonomische Verwerfungen erzeugt, die Menschen zwingen, der Arbeit und den Arbeitsmärkten hinterher zu wandern.

So hieß es in der Resolution von

in Deutschland muss heute in der Frage Krieg und Frieden einen klaren, gemeinsamen Standpunkt finden: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Das heißt: keine Auslandseinsätze der Bundeswehr und Gegnerschaft zur NATO. Genau das muss heute durchbuchstabiert werden, weil in dieser Frage schon die sozialistische Internationale von damals versagt hat.

Mit anderen Worten: Sie erhoffen sich in der Frage der Auslandseinsätze mehr Klarheit von diesem Kongress?

Ja, ich habe mir mit viel Vergnügen die historischen Protokolle angesehen, und einen Vergleich zu heute gezogen. Natürlich kann man das nicht linear fortschreiben und ist heute mit einer neuen Situation konfrontiert, aber es gibt viele Parallelen. 1907 stand die Welt vor einer Phase der imperialen Neuaufteilung – und da steht sie auch heute. Allerdings unter ganz anderen Bedingungen; die Kapitalverhältnisse und Kräftekonstellationen haben sich verändert und darauf muß sich die Linke einstellen.

Interview: Claudia Wangerin, junge Welt, 21. September 2007

die reichen Europäischen Staaten stemmen sich mit immer größerem Aufwand und brutalerem Vorgehen gegen Zuwanderung aus den ärmsten Teilen der Welt, deren Not sie verursacht haben. Auf dem Rücken dieser Länder wurde der Reichtum des heutigen Europa begründet.

Wenn wir es mit dem Bekenntnis zu den Menschenrechten und der Gleichheit ernst meinen, müssen wir uns solidarisch an ihre Seite stellen. Was sagt dazu die Charta der Menschenrechte: Artikel 13.2.: Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren. Und Artikel 14.1.: Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.

Willkommen sind in den Industrienationen jedoch nur diejenigen, die der Wirtschaft von Nutzen sind und sich den Zwängen der kapitalistischen Ideologie und der freien Marktwirtschaft unterwerfen.

Jugendverband der LINKEN gegründet

Am Samstag, 22. September 2007 fand



Neuer Landesprecherinnenrat von Solid: (von links nach rechts) Christoph Ozasek, Frederico Elwing, Ben Brusniak, Andreas Rose und Vlatko Gavranic

1907: Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterkonsum der Arbeiter.

Auch heute ist eine der wesentlichen Ursachen für Migration die soziale Lage der Menschen. Gerade aber

im Rathaus der Stadt Stuttgart die Gründung des Landesverbandes Baden-Württemberg der Linksjugend [solid] statt. Damit wurde der Landesjugendverband der LINKEN nun auch offiziell gegründet, nachdem der Jugendverband [solid] auf Landesebene bereits im Januar von der WASG als Jugendverband anerkannt wurde. Die Linksjugend [solid] zählt auf Landesebene nunmehr circa 400 Mitglieder.

Vor circa 30 anwesenden Mitgliedern und Interessierten hielten Sascha Wagener (Mitglied im Parteivorstand Die LINKE) und Karin Binder MdB Grußworte. Karin Binder betonte dabei vor allem die Wichtigkeit des Jugendverbandes, um gerade auch junge Menschen für Politik und Mitbestimmung zu begeistern.

Nach einer kurzen, aber durchaus konstruktiven Debatte wurde dann auch die neue Satzung und die Gründung der Linksjugend [solid] Baden-Württemberg beschlossen.

Vor der Wahl des LandessprecherInnenrats wurde zunächst über dessen Größe und die Frauenquote debattiert. Ein Antrag auf Aufhebung der Frauenquote konnte sich nicht durchsetzen, die Größe wurde auf zehn festgelegt. Dann wurden zunächst Vlatko Gavranic (Biberach) als Finanzverantwortlicher und Christoph Ozasek (Ravensburg) als stellvertretender Finanzverantwortlicher in Einzelwahl gewählt. Bei der anschließenden Listenwahl fanden sich leider keine weiblichen KandidatInnen. Auf der offenen Liste wurden Ben Brusniak (Stuttgart), Frederico Elwing (Tübingen) und Andreas Rose (Ulm) gewählt. Die weiteren fünf Plätze bleiben zunächst vakant, bis sich auf einer der folgenden Versammlungen KandidatInnen finden.

Natürlich wurde auch über inhaltliche Schwerpunkte und Aufgaben der nächsten Monate debattiert. So kristallisierte sich als Aufgabe schnell der Basisgruppenaufbau und deren bessere Vernetzung heraus. Außerdem wurde die Mobilisierung zu den Protesten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz im

Februar nächsten Jahres beschlossen. Neben der Gründung einer Landesstruktur des Hochschulverbandes DIE LINKE. SDS am 7. Oktober als Arbeitskreis des Jugendverbandes wurde von mehreren Teilnehmern die bessere Einbindung von Auszubildenden, Erwerbslosen und Erwerbstätigen in den Jugendverband als wichtig erachtet.

Ben Brusniak und Frederico Elwing

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg,
Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.
Tel 07 11-24 10 45 oder 0711-2 29 39 42,
Fax 07 11 - 24 10 46
info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de
Geschäftszeiten: Di u. Do 8.30 Uhr - 17.00
Uhr, Mo, Mi, Fr 14.00 Uhr- 18.30 Uhr

Interims-Landesvorstand

Postadresse: DIE LINKE. Baden-Württemberg,
Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178
Stuttgart

Bernd Riexinger, Tel.: 0711-639711, eMail:
B.Riexinger-Wahlalternative@web.de
Bernhard Strasdeit, Telefon: (07071)-21534,
Mobil: 0171-1268215, Fax: (07071)-23946,
strasdeit@t-online.de
Elke Lison, Telefon: (07127) 890269,
elson@swol.net
Franz Groll, Tel. 07056-2391,
franz.groll@gmx.de
Annette Groth, Tel. 0711-6749810,
anngroth@gmx.de

Interims-Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE
LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart,
Telefon (0621)331650, Fax (0621) 331656,
christoph.cornides@t-online.de

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart,
BLZ 600 100 70
Konto 289582700

Kontakte zu den Kreis- verbänden der LINKEN

Baden-Baden/Rastatt

Dieter Hitscherich, 76532 Baden-Baden,
07221-991592, der.hit@web.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried,
07583/1451, herbert.wilzek@gmx.de,
www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Gottfried Heil, Tel.: 07541/85097 oder Hans
Schmidt, Tel.: 07541/58998, Mail: gott-
fried.heil@t-online.de oder hh_schmidt@
t-online.

Böblingen

Harry Ladwig, Tel.: 07152/52368, Mail:
post@linke-bb.de, Net: www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Louis Runge, Grißheimerweg 30, 79423
Heitersheim, Tel.: 07634/507750, dielin-
ke-breisgau@t-online.de; Irmgard Koll,
Zunzinger Str. 7a, 79379 Müllheim, Tel.:
07631/170263

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Alt-
hengstett, Tel.: 07051/3516, Mail: all-pro-
handel@web.de

Emmendingen

Pascal Langensiepen, Tel.: 07643/ 913437,
Mail: pascalssg@freenet.de, Net: www.die-
linke-emmendingen.de

Esslingen

Halil Türck, Tel.: 0771/ 4569826, Mail: 2814-
38@online.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg, Greiffeneggring 2,
79098 Freiburg, Tel: 0761-4510292, Mail:
info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielin-
ke-freiburg.de

Freudenstadt

Hans-Ulrich Büniger, Sandgrube 15, 72270
Baiersbronn, Tel.: 07442/120961, Mail:
hubuenger@gmx.net

Göppingen

Herbert Eckhoff, 73312 Geislingen a.d.St,
07331/66520, herbert.eckhoff@t-online.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Heinrich Müller, Hinter der Mühle 15, 69226
Nußloch, Tel.: 06224/16937, mobil: 0177
4008790, Mail: henri.mueller@online.de,
Net: www.dielinke-hd-rn.de

Heidenheim

Hasan Cildir, 89522 Heidenheim, 07321-22
975, hasan.cildir@abacho.de

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn,
07131/910366, ehinger.hasso@web.de,
Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254
Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@links-
partei-bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ing-
elfingen, Tel.: 07940/ 7994 , Mail: Ernst-
Kern@gmx.de.

Jochen Dürr, Zur Hohen Waag 12, 74523
Schwäbisch Hall, Tel (0791) 5 4118, Fax (07
91) 55178, Mail: jochenduerr@freenet.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133
Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.
dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

DIE LINKE. Konstanz, c/o Jürgen Geiger, Tel:
(07531) 697 465, Fax: (07531) 95 85 27,
Joseph-Belli-Weg 5, 78467 Konstanz; Ange-
lika Böhl, 78464 Konstanz, 07531/50526,
angelikaboehl@swol.net

Lörrach

Manfred Jannikoy, Lörrach, Tel.:
07621/705211, Mail.: m.jannikoy@t-online.
de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigs-
burg, 07141/57320, kemmerle_ludwigs-
burg@yahoo.de, Ursula Genswürger, Lud-
wigsburg, Tel.: 07141/ 58209

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim,
Tel. 09341/600366, Mail: rechtsanwalt-
Gruening@t-online.de

Mannheim

Monika Knoch, Maienweg 12, 68305 Mann-
heim, Tel.: 0621/752214, mo.knoch@fre-
enet.de; Thomas Trüper, Am Brunnengarten
24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621/303695,
Mail: ttrueper@aol.com

Neckar-Odenwald-Kreis

Burkhard Malotke, In der Heinrichsburg
12/6, 74821 Mosbach, Tel 06261-619655

Ortenau

Thomas Heidt, 77855 Achern, Tel.:
07841/280138, tom-andi@t-online.de;
Karl-Martin Matt, Weidenstr. 30, 77871
Renchen, Tel.: 07843-84146, druckwerk-
statt-renchen@t-online.de

Ostalb

Roland Hamm, 73431 Aalen, 07361-35945,
roland.hamm@gmx.de,
Siegfried Pielbauer, 73540 Heubach, Tel.:
07173/403710, spielbauer@web.de

Pforzheim

Claus Spohn, 75177 Pforzheim,
07231/359230, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Mirco Kolarcik, Tel.: 0751/ 94843, Mail:
info@linkspartei-ravensburg.de, Net: www.
linkspartei-ravensburg.de

Rems-Murr

Reinhard Neudorfer, Fronackerstr. 18, 71332
Waiblingen, Tel. 07151-54806, Fax -563254.
Mail: ckramer-neudorfer@online.home.de;
Gabriele Grosse, 73630 Remshalden, Tel.:
07151/271960, Mail: c, Web: www.die-lin-
ke-rems-murr.de.vu

Reutlingen

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@
swol.net

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Nagy Enikö Riek, Rottweil, Mail: eniko-
enagy@web.de, Max Kaufmann, Tuttlingen,
Mail: max-kaufmann.tut@t-online.de, Tel.:
07461/7443

Sigmaringen

Rainer Kaltofen, 88356 Ostrach, Tel. 07585-
935296; Thomas Krauss, 72519 Verin-
genstadt, Tel. 07577-926486, eMail mail@
der-eichi.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr.
3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/72236848,
Fax 0711/72236849, eMail: info@die-linke-
stuttgart.de;

Stuttgart-Ost: Karin Claußen, Tel.:
0711/463824, eMail: karin.claussen@
t-online.de. Roland Hägele, mobil 0160-
7985055, roland.h.haegel@web.de;
Stuttgart-West Dirk Hoerber; Tel. 0711-
3514681, Dhoeber@aol.com

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg
a.Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@
gmx.de

Ulm/ Alb-Donau

Andreas Binder, Schlehenweg 10, 89143
Blaubeuren-Beiningen, Tel.: 0175 2629429,
Mail: andreas.k-e.binder@web.de, Net:
www.dielinke-ulm.de

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754/
929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net:
www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich
Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@
t-online.de

Zollernalb

Xenia Berger, 72351 Geislingen,
07428/918244, xenia.berger@vera-cruz.net

Arbeitsgemeinschaften

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, Adresse s. Rems-Murr.

AG Bildung

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

AG Frieden

Elke Lison, Telefon: (07127) 890269, elson@swol.net

Thomas Mitsch, 73249 Wernau, 07153/614699, mitsch.thomas@web.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170/5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07153/910366, ehinger.hasso@web.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg i. Breisgau, Tel.: 0761/131516, Fax: 0761/135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0711-5203772, Fax 0711-6581782, eMail: c.staehle@linkspartei-stuttgart.de

AG Umwelt- und Ressourcenpolitik

Anne-Maike Rahlfs, Tel.: 0176 24293221, eMail: annerahlfs@web.de

Franz Groll, Tel. 07056-2391, franz.groll@gmx.de

Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Joachim Kayser, Eisenbahnstraße 120, 72072 Tübingen, Tel. 07071-32498

Kommunistische AG

Jürgen Geiger, Adresse siehe Konstanz.

Hochschulgruppen

DIE LINKE.SDS

FREIBURG: edmond@jaegerhome.de

KARLSRUHE: daniel.bruns@stud.uni-karlsruhe.de

TÜBINGEN: www.tuebingen.solid-bw.de

HEIDELBERG: heidelberg@solid-bw.de

STUTT GART: stuttgart@solid-bw.de

KONSTANZ: Mirco.Kolarczik@uni-konstanz.de

LANDESKOORDINATION: DIE LINKE.SDS, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721 35 48 93 41, info@solid-bw.de, www.linke-hochschulgruppen.de

Jugendverband

Linksjugend [solid]

Linksjugend [solid] Landesgeschäftsstelle
Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-3548
9341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Europabüro

Tobias Pflüger

Hechinger Strasse 203, 72072 Tübingen
Email: mail@tobias-pflueger.de
Tel: 07071-7956981, Fax: 07071-7956981
homepages: www.tobias-pflueger.de,
www.linkspartei.pds-europa.de

Linke in Gemeinderäten

Karlsruhe

Niko Fostiropoulos, Die Linke., Haus der Fraktionen, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721-386409, Fax 0721-386410, stadt-rat@pds-karlsruhe.de.

Konstanz

Vera Hemm, PDS/Linke Liste, Gartenstr. 33, 78462 Konstanz

Stuttgart

Ulrike Küstler, Die Linke, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, Tel. 0711-2 62 99 51, Fax 0711-2 62 99 52, ulrike.kuestler@stuttgart.de, www.stuttgart.de/die-linke

Tübingen

TÜLL (Tübinger Linke/Linkspartei) in Gemeinderat und Kreistag, Am Lustnauer Tor 4, 72070 Tübingen, www.tuebingen-linke.de. Gerlinde Strasdeit (Stadträtin) und Bernhard Strasdeit (Kreisrat), Tel. 07071-21534, Fax: -23946, strasdeit@t-online.de • Anton Brenner (Stadt- und Kreisrat), Tel. 07071-40450, Fax: -49992, Mail: Brenner.Tuebingen@t-online.de • Bernd Melchert (Stadtrat), Tel. 07071/78689, Mail: bernd.melchert@walter-ag.de • Edeltraud Horn-Metzger (Stadträtin), Tel. 07071/23848, Traudel.Horn-Metzger@gmx.de

Mannheim

Gudrun Kuch, Linke Liste Mannheim, Tel: 0621/ 293-9585 Fax: 0621/ 293-9595, Rathaus E 5, 68159Mannheim. Öffnungszeiten: Mo. 14-16 Uhr, Di.10-13 Uhr, Do. 13-16 Uhr. mail: gudrun.kuch@mannheim.de

DIE LINKE.

BADEN - W Ü R T T E M B E R G

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüros Heike Hänsel

Tübingen: c/o Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Wahlkreismitarbeiter Frederico Elwing:Tel. 07071/993872, Fax: 07071/208812.

info@heike-haensel.de, www.heike-haensel.de

Freiburg: Heike Hänsel MdB, c/o Bürogemeinschaft Freiburger Linke, Greiffenegring 2, 79098 Freiburg, Tel. 0761/4510292 freiburg@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de .

Berlinfahrt für Schnellentschlossene !

Ulrich Maurer bietet vom 22.10. bis 25.10. eine Berlin Fahrt an. Noch sind etwa 20 Plätze frei. Ansprechpartnerin: Rosemarie Bleicher, Tel. 0711-2293227, Wahlkreisbüro Ulrich Maurer, Marienstraße 3A, 70178 Stuttgart, ulrich.maurer@wk.bundestag.de

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Karin Binder, Heike Hänsel und Uli Maurer finden auch nächstes Jahr wieder Berlin-Fahrten statt. Das sind dreitägige politische Bildungsfahrten, die in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert werden. Die Fahrten bieten Gelegenheit, die Arbeit unserer MdBs und der Fraktion DIE LINKE. kennen zu lernen. Dazu gibt es ein interessantes politisches Rahmenprogramm mit Besuchen von Mahn- und Gedenkstätten, Stadtrundfahrten uvm.. Fahrt, Unterbringung in Doppelzimmern und Verpflegung werden vom Deutschen Bundestag getragen. Anfragen oder Anmeldungen bitte ausschließlich über die Wahlkreisbüros der Abgeordneten.

Wahlkreisbüro Karin Binder, Kreuzstraße 4, 76133 Karlsruhe

Ansprechpartnerin: Ute Gsöls-Puhl, Tel: (0721) 35 48 575; mail: karin.binder@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel, Ammergasse 14, 72070 Tübingen

Ansprechpartnerin: Traudl Horn, Tel. 07071-208810,
Email: traudel.horn-metzger@heike-haensel.de



Veranstaltungen, Termine, Hinweise

■ Forum Linke Kommunalpolitik: Wirtschaftspolitik einer Kommune

Das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg lädt herzlich ein zu einer Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Mannheimer Stadträtin Gudrun Kuch und der LiLiMA (Linken Liste Mannheimer): Wirtschaftspolitik einer Kommune am Beispiel Mannheims und seiner MVV am **29. September 2007, von 13 bis 17.30 Uhr, im Bürgerhaus Neckarstadt-West, Mannheim, Lutherstr. 15-17.**

Themen und Referenten: Begrüßung Gudrun Kuch, 2. Vorsitzende des Forums. Alexander Thomas, Parlamentarischer Mitarbeiter der Linksfraktion im Landtag Sachsen: Was sind kommunale Wirtschaftsaufgaben? Welche Bedeutung hat die städtische Wirtschaftspolitik für die „Daseinsvorsorge“? Wie schafft die Kommune die Rahmenbedingungen für „die Wirtschaft“? Ein Überblick. Christoph Cornides, Mitglied der Linken Liste Mannheim: Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Mannheim. Thomas Trüper, Sprecher DIE LINKE Mannheim, Mitglied der Linken Liste Mannheim: Ein städtischer Betrieb wird Global Player. Der Mannheimer MVV-Aktienverkauf.

Ulrike Küstler für den Vorstand des Forums Linke Kommunalpolitik

■ Bundes-AG Betrieb und Gewerkschaft in Stuttgart gegründet!

Am 8. und 9. September gründete sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft in Stuttgart. Fast 100 Mitglieder debattierten Anträge u.a. zu den Themen Leiharbeit und Mindestlohn. Nach den Neuwahlen zum BundessprecherInnenrat können wir verkünden, dass Baden-Württemberg ab sofort durch Hasso Ehinger, Heilbronn, in diesem siebenköpfigen Gremium vertreten ist.

Am Freitag, 28.9., 19 Uhr organisiert die AG eine Veranstaltung im Esslin-

ger Gewerkschaftshaus mit Klaus Ernst.

Am Samstag 24. November ist eine Arbeitskonferenz zu Lohndumping und Mindestlohn in Mannheim in Planung.

Jetzt Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft werden!

Bei der Beförderung des Willens der Parteimitgliedschaft in die Fraktion und in den Parteivorstand hinein will die Arbeitsgemeinschaft eine wichtige Rolle spielen. Nach außen will sie gewerkschaftlich organisierte Menschen für DIE LINKE ansprechen.

Eintrittswillige wenden sich an: DIE LINKE, Stefan Dreher, Marienstrasse 3A, 70178 Stuttgart.

■ Podiumsdiskussion zur Rente mit 67

Ute Kumpf (SPD, Befürworterin der Rente mit 67), Klaus Ernst (Die LINKE gegen Rente mit 67), Juan Victor Coseriu Pisani (Rentenversicherung Region Stuttgart) und Guido Lorenz (Betriebsseelsorger) am **Dienstag, 16. Oktober, 19.30 Uhr, Stuttgart, Theaterhaus, Siemensstr. 11.** Es lädt ein der Cannstatter Aktionskreis für Soziale Gerechtigkeit.

■ Bildungspolitischer Kongress der LINKEN Baden-Württemberg

Null Chance auf Zukunft? Soziale Gerechtigkeit in der Bildung. Samstag, 17.11.2007, 10 bis 16 Uhr, Stuttgart, Gewerkschaftshaus

In der Landespolitik ist Bildung eines der Megathemen. Doch wo positioniert sich Die Linke? Wo kann man in Elternbeiräten, in der Kommunalpolitik und in den Betrieben ansetzen? Die Themen: Armut/Kinderarmut, Bildung und soziale Gerechtigkeit – Selektivität des Bildungssystems – Arme in die Hauptschule, arm durch die Hauptschule? – Ausbildungskrise. Referent: Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Universität Köln. Christoph Butterwege ist der gefragteste und kompetenteste Fachmann zum Thema Kinderarmut in einem reichen Land.

In Butterwegges Vortrag geht es um die Erscheinungsformen der Kinderarmut, die gesellschaftlichen Ursachen und Gegenmaßnahmen, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen müssen.

■ Ökologische Plattform

Einladung zur Konstituierung in Baden-Württemberg am 29.9.2007 ab 10.30 Uhr bis 16.30 Uhr. Stuttgart, Landesbüro Die Linke, Marienstrasse 3A.

Programm u.a.: inhaltl. Vorstellung der Ökologischen Plattform, Marko Ferst. Ökologische Sofortmaßnahmen, Franz Groll. Organisatorische Vorstellung der Ökologischen Plattform, Marko Ferst. Anschließend Konstituierung der Ökologischen Plattform in Ba-Wü mit Wahl der SprecherInnen und Sprecher.

Anne Maike Rahlfs, (Sprecherin AG Umwelt- und Ressourcenpolitik)

■ Landesarbeitsgemeinschaft „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“

Am Samstag dem 8. September hat sich in Tübingen ein Arbeitskreis zur Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ getroffen. Wir wollen linke Behindertenpolitik definieren und umsetzen. Durch die Föderalismusreform sind viele wichtige Themen (Bildung, Alten- und Behindertenheime, Werkstätten für Behinderte, usw.) in die Verantwortung der Länder übertragen worden. Deshalb brauchen wir auch auf Landesebene (auf Bundesebene gibt es schon eine Bundesarbeitsgemeinschaft, www.linke-selbstbestimmtebehindertenpolitik.de) eine schlagkräftige Landesarbeitsgemeinschaft, die den Landesverband „Die Linke“ bei der Durchsetzung von behindertenpolitischen Themen unterstützt. Wir suchen noch viele Mitstreiter (Menschen mit und ohne Behinderungen), die in diesem Bereich Politik machen wollen.

Kontakt: Stephan Lorent, Mömpelgarder Weg 4, 72072 Tübingen, Tel.: 07071-639426, Handy: 0160-92431802, slorent@gmx.de

■ Gründung einer Landesgruppe der Sozialistischen Linken in der Partei DIE LINKE

Am Sonntag, 7. Oktober 2007, 10:30 Uhr im Landesbüro, Marienstrasse 3a, Stuttgart. Mit Beiträgen von: Harri Grünberg und Lucia Schnell (beide im bundesweiten Sprecherkreis der Sozialistischen Linken). Die Sozialistische Linke steht für eine Linke, die die Tradition der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung in sich aufhebt und einen neuen Anlauf unternimmt, die Vorherrschaft des Kapitals zu überwinden. Wir melden uns als eine breite Strömung zu Wort, die an linkssozialdemokratische und reformkommunistische Traditionen anknüpft. Wichtige Grundlagen unserer Positionen bilden marxistische Gesellschaftsanalyse und Strategiediskussion sowie linkskeynesianische Positionen alternativer Wirtschaftspolitik.

Tagesordnung u.a.: Inhaltliche Vorstellung der SL mit einem Vertreter der Bundesinitiative. Was kann die Sozialistische Linke in Baden-Württemberg leisten, Beiträge zur Programmdiskussion.

Wolfgang Kämmerer, Mail@WolfgangKaemmerer.de, Tel.: 0711 41 27 85. Dirk Spöri, Freiburg, spoeri@gmx.net, Tel.: 0160 / 7942195

■ ... wenn's mal mit Material klemmt!

Publikationsmittel der Bundestagsfraktion können wie folgt im Internet bestellt werden. Und so geht's: Die website des Versandportals hat diese Adresse:

www.versand.linksfraktion.net. Der einzufügende Benutzername ist (Groß-/Kleinschreibung beachten): Material. Das Passwort ist (Groß-/Kleinschreibung beachten): DieLinke2007

Und das gibt's zur Zeit zu bestellen: Zeitung „Klar“ Nr. 6 – Tornados raus aus Afghanistan. Magazin „Clara“ Nr. 5 – Zukunft braucht Arbeit. Flyer Bundeswehr raus aus Afghanistan. „Querblick“ – Feministische Frauenzeitung. Flyer: Ausbilden! Rentenpolitik Wohnen ist Menschenrecht usw.